



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Straßburg, den 12.12.2023
COM(2023) 630 final

ANNEX

ANHANG

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

über die Verteidigung der Demokratie

UMSETZUNG DES EUROPÄISCHEN AKTIONSPLANS FÜR DEMOKRATIE

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
Schutz der Integrität von Wahlen und Förderung der demokratischen Teilhabe	<p>Vorschläge für Rechtsvorschriften zur Gewährleistung von mehr Transparenz bei gesponserten Inhalten in einem politischen Kontext („politische Werbung“)</p>	<p>Ein Vorschlag für eine Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung wurde am 25. November 2021 angenommen. Am 6. November 2023 wurden interinstitutionelle Verhandlungen abgeschlossen, wobei mit der förmlichen Annahme des vereinbarten Standpunkts durch die beiden gesetzgebenden Organe Anfang 2024 gerechnet wird.</p> <p>Der vereinbarte Kompromisstext sieht für alle Medienformen einen gemeinsamen hohen Transparenzstandard für politische Werbedienstleistungen vor, der die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft und die zuständigen Behörden in die Lage versetzt, Quelle und Zweck solcher Werbung eindeutig zu erkennen, was wiederum eine bessere öffentliche Kontrolle und Rechenschaftspflicht ermöglicht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stärken auch den Schutz personenbezogener Daten, indem strengere Bedingungen und mehr Transparenz in Bezug auf das Targeting und die Bereitstellung politischer Werbung eingeführt werden. Nach der vorläufigen Vereinbarung ist die Verwendung personenbezogener Daten für das Targeting bei politischer Online-Werbung im Internet nur zulässig, wenn die Daten von der betroffenen Person erhoben wurden und eine ausdrückliche Einwilligung erteilt wurde, wobei dies mit einem Verbot der Verwendung besonderer Kategorien personenbezogener Daten für Zwecke des Targeting (wie Religion, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung) verbunden ist. Die neuen Vorschriften gelten für politische Werbung, die üblicherweise gegen Entgelt geleistet wird, sowie politische Werbung, die intern oder im Rahmen einer politischen Werbekampagne erstellt wird, wobei dem Schutz von unter redaktioneller Verantwortung stehenden Inhalten oder persönlichen Meinungsäußerungen – die vom Anwendungsbereich ausgenommen sind – besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Darüber hinaus sieht die politische Vereinbarung auch vor, dass die Kommission ein europäisches öffentliches Archiv für politische Online-Werbung einrichtet. Um der Gefahr einer Einflussnahme aus dem Ausland entgegenzuwirken, wird mit der Verordnung darüber hinaus das Sponsoring von Werbung außerhalb der EU in den drei Monaten vor Wahlen verboten. Die Rolle der europäischen politischen Parteien und Fraktionen in dem Verfahren der Europawahl wird durch eine spezielle Nichtdiskriminierungsklausel ebenfalls anerkannt.</p> <p>Die neuen Vorschriften gelten 18 Monate nach ihrem Inkrafttreten, wobei die Nichtdiskriminierungsklausel und die Begriffsbestimmungen unverzüglich, also rechtzeitig vor der Europawahl gelten.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Legislative proposal for regulation on the transparency and targeting of political advertising (Legislativvorschlag für eine Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung)</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		Technology and Democracy: Understanding the influence of online technologies on political behaviour and decision-making (Technologie und Demokratie: zum Verständnis des Einflusses von Online-Technologien auf politisches Verhalten und Entscheidungsfindung)
	<i>Annahme von unterstützenden Maßnahmen und Leitlinien für politische Parteien und Mitgliedstaaten zur Transparenz gesponserter politischer Inhalte</i>	Die Kommission hat im Rahmen des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen den Austausch bewährter Verfahren in Fragen der Transparenz politischer Werbung, einschließlich der Unterstützung und Leitlinien für politische Parteien und Mitgliedstaaten, weiterhin gefördert.
	<i>Überarbeitung der Verordnung (EU/Euratom) Nr. 1141/2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen</i>	Am 25. November 2021 wurde ein Vorschlag für eine Überarbeitung der Vorschriften über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen angenommen. Mit der vorgeschlagenen Verordnung erhalten politische Parteien und Stiftungen mehr Möglichkeiten, ihrer Rolle beim Aufbau und der Förderung eines wahrhaft europäischen politischen Raums gerecht zu werden und gleichzeitig sicherzustellen, dass ihr Handeln frei von unzulässiger Einflussnahme ist. Dies würde den politischen Parteien auf europäischer Ebene die Interaktion mit ihren Mitgliedsparteien auf nationaler Ebene sowie grenzüberschreitende Interaktionen erleichtern; es würde die Transparenz, insbesondere in Bezug auf politische Werbung und Spenden, erhöhen, übermäßigen Verwaltungsaufwand abbauen und ihre finanzielle Tragfähigkeit erhöhen. Die interinstitutionellen Verhandlungen laufen noch. <u>Links zum Thema:</u> Statute and funding of European political parties and foundations (Satzung und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen)
	<i>Einführung eines gemeinsamen operativen Mechanismus und anderer</i>	Im Januar 2022 begann die Kommission mit der Einführung eines „ gemeinsamen Mechanismus für die Resilienz bei Wahlen “, mit dem die Entsendung gemeinsamer Expertenteams und der Expertenaustausch zwischen Mitgliedstaaten gefördert wird. Mit diesem Instrument für den Kapazitätsaufbau soll die Resilienz von Wahlverfahren gegen verschiedene

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<p><i>Unterstützungsmaßnahmen, die auf der Arbeit des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen aufbauen, um stabile Wahlverfahren zu fördern und weitere praktische Maßnahmen zum Schutz der Wahlinfrastruktur vor Bedrohungen, einschließlich Cyberangriffen, zu treffen</i></p>	<p>Arten von Bedrohungen, insbesondere im Bereich der Online-Forensik, der Desinformation und der Cybersicherheit von Wahlen, gestärkt werden. Bislang haben Rumänien, Litauen und Schweden von diesem Mechanismus Gebrauch gemacht.</p> <p>Mithilfe des Mechanismus organisierte die Kommission gemeinsam mit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) und dem Europäischen Parlament am 21. November 2023 eine Planübung zur Förderung der Cybersicherheit von Wahlverfahren, wobei sie auf den Erfahrungen aufbaute, die während der Veranstaltung von 2019 gesammelt wurden.</p> <p>Der Mechanismus wurde auch zur Unterstützung der Arbeit der Kommission und der Mitgliedstaaten bei der Erstellung des Kompendiums über die elektronische Stimmabgabe und des Leitfadens für gute Wahlpraxis, der sich mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen am Wahlverfahren befasst, genutzt.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>European cooperation network on elections (Europäisches Kooperationsnetz für Wahlen)</p> <p>Towards cybersecure EU elections 2019 (Auf dem Weg zu cybersicheren EU-Wahlen 2019)</p> <p>EU-Cybersicherheitsübung: freie und faire Europawahlen (europa.eu)</p>
	<p><i>Ausrichtung einer hochrangigen Veranstaltung durch die Kommission, bei der verschiedene mit Wahlen befasste Behörden zusammenkommen, um die in diesem Plan umrissenen Herausforderungen anzugehen</i></p>	<p>Die hochrangige Veranstaltung zum Thema Wahlen fand am 23. und 24. Oktober 2023 in Brüssel statt. Auf der von der Europäischen Kommission ausgerichteten Veranstaltung kamen verschiedene nationale Behörden und Interessenträger zusammen und befassten sich vorrangig mit den Schwerpunktthemen demokratische Teilhabe und Integrität von Wahlen. Die Veranstaltung bot nationalen politischen Entscheidungsträgern und Praktikern die Möglichkeit zur Teilnahme an Diskussionen und einem Austausch über bewährte Verfahren, wie die Wahlbeteiligung gefördert und die Bürgerinnen und Bürger befähigt werden können, sich auf inklusive Weise an Wahlen zu beteiligen; ferner wurden Maßnahmen zur Sicherstellung der Resilienz der Wahlsysteme und der Fairness und Transparenz der Wahlen in der gesamten Union erörtert.</p>
	<p><i>Stärkung der Zusammenarbeit im Hinblick auf Gleichbehandlung und ausgewogene Medienberichterstattung bei Wahlen</i></p>	<p>Um die Zusammenarbeit zwischen den für Medienpolitik und den für Wahlanangelegenheiten zuständigen Behörden zu stärken, fand im Mai 2022 eine gemeinsame Sitzung statt, an der die Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA), das Schnellwarnsystem und das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen teilnahmen, um die Gleichbehandlung und die Medienberichterstattung bei Wahlen zu erörtern.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Im März 2023 fand ein Folgetreffen derselben Akteure statt, bei dem im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 insbesondere die besten Mittel und Wege zur Bekämpfung von Desinformation erörtert wurden; dies schloss auch Folgemaßnahmen zum gestärkten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation ein.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Joint meeting – Summary of the Meeting of May 2022 (Gemeinsame Sitzung – Zusammenfassung der Sitzung vom Mai 2022)</p> <p>Joint meeting – Summary of the Meeting of March 2023 (Gemeinsame Sitzung – Zusammenfassung der Sitzung vom März 2023)</p>
	<i>Ausarbeitung eines Kompendiums über die elektronischen Stimmabgabeverfahren</i>	<p>Die Kommission veröffentlichte ein Kompendium über die elektronische Stimmabgabe und andere IKT-Praktiken. Das Kompendium wurde gemeinsam mit den Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen (European Cooperation Network on Elections, ECNE) erstellt und baut auf dem Fachwissen des Europarates auf.</p> <p>In das Kompendium flossen Beiträge von Mitgliedern einer informellen Expertenuntergruppe des ECNE zur elektronischen Stimmabgabe und eine kurze Studie über die elektronische Stimmabgabe sowie im Wahlverfahren eingesetzte IKT-Praktiken ein, die von einem Netz von Wissenschaftlern zum Thema Unionsbürgerschaft erstellt worden war.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Democracy and electoral rights – Commission activities (Demokratie und Wahlrechte – Tätigkeiten der Kommission)</p> <p>Compendium of e-Voting and other ICT Practices (Kompendium über die elektronische Stimmabgabe und andere IKT-Praktiken)</p> <p>Study on E-Voting practices in the EU (Studie über die elektronischen Stimmabgabeverfahren in der EU)</p>
	<i>Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen EU-Netzen, Partnerländern und internationalen Organisationen zum Aufbau von Kapazitäten und zum Austausch bewährter Verfahren zur Abwehr von Bedrohungen für Wahlen und</i>	<p>Die Kommission und der EAD unternahmen verstärkte Anstrengungen zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen der EU, internationalen Organisationen und Partnerländern zum Aufbau von Kapazitäten und Austausch bewährter Verfahren für die Abwehr von Bedrohungen für Wahlen und den Schutz demokratischer Prozesse.</p> <p>Die Initiative „Team Europa Demokratie“ (Team Europe Initiative on Democracy, TED) wurde im Dezember 2021 ins Leben gerufen. Dieser innovative Koordinierungsmechanismus zwischen der EU und 14 Mitgliedstaaten trägt zur Kohärenz der Politik in diesem Bereich bei. Er setzt im Einklang mit den im Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024 festgelegten Prioritäten gemeinsame Ziele in den folgenden drei Schlüsselbereichen fest: „Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit“, „Politische und gesellschaftliche Beteiligung“, „Medien und Digitales“. Der Mechanismus umfasst</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<p><i>Förderung internationaler Standards für den Einsatz neuer Technologien</i></p>	<p>auch ein Netz für Demokratie, das der Zivilgesellschaft und auf diesen Bereich spezialisierten internationalen Akteuren offensteht und im Juni 2023 eingerichtet wurde.</p> <p>Zu diesem Zweck wurde eine Reihe von Programmen zur Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Demokratieförderung entworfen und eingeleitet. Ein Beispiel ist das 42 Mio. EUR umfassende WYDE-Programm (Women and Youth in Democracy Initiative – Initiative „Frauen und Jugend in der Demokratie“). Der erste Baustein, das von der Europäischen Partnerschaft für Demokratie umgesetzte Programm WYDE Civic engagement (Zivilgesellschaftliche Mitwirkung), begann 2022. Darüber hinaus unterstützt es die EU-Delegation bei der Umsetzung ihrer Länderstrategie für Menschenrechte und Demokratie, indem an der Basis tätige Organisationen für junge Menschen finanziert werden, die sich für das Eintreten für demokratische Reformen, Rechenschaftspflicht und die Beobachtung inländischer Wahlen einsetzen. WYDE inter pares setzt sich für die Verstärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit ein, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Inklusion junger Menschen und Frauen in das politische Leben liegt.</p> <p>Am 28. März 2023 gaben Dänemark und die Europäische Kommission im Rahmen einer Nebenveranstaltung zum Gipfeltreffen außerdem den Startschuss für die Initiative für digitale Demokratie, ein von mehreren Gebern finanziertes Programm zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft, um die inklusive Demokratie im digitalen Zeitalter zu schützen und zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf dem gleichberechtigten Zugang zu digitalen Technologien, der Inklusion junger Menschen, der Klimagerechtigkeit und dem Umgang mit KI-Risiken liegt (EU-Beitrag von 11 Mio. EUR). Die EU setzt sich darüber hinaus für die Umsetzung der Empfehlungen der UNESCO zur Ethik der KI sowie der UNESCO-Leitlinien zur Regulierung von Plattformen ein. Das Ziel dieser beider Maßnahmen besteht darin, die Menschenrechte im Zusammenhang mit der Entwicklung der KI und der Entwicklung von Regulierungsverfahren für digitale Plattformen weltweit zu schützen.</p> <p>Im Kontext der EU-Erweiterung finanzierte die Kommission Unterstützungsmaßnahmen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), deren Ziel in der Nachverfolgung von Empfehlungen in Bezug auf Wahlen und in der Unterstützung von Wahlreformen in den Ländern des westlichen Balkans seit 2017 besteht. Die derzeitige Phase (Mittelausstattung von 1,7 Mio. EUR) läuft bis Mitte 2024. Auf bilateraler Ebene werden mehrere zusätzliche Initiativen zur Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an Wahlverfahren und der demokratischen Debatte finanziert.</p> <p>Die Teilnahme der EU am ersten (2021) und zweiten (2023) Demokratiegipfel bot Gelegenheit zur Verstärkung der Bündnisse für Demokratie und zur Darstellung der Arbeit, die die EU zur Unterstützung der Demokratie auf weltweiter Ebene geleistet hat. Die EU beteiligte sich an dem Aktionsjahr vor dem zweiten Gipfel, indem sie sich in Koalitionen mehrerer Interessenträger, den sogenannten „Demokratie-Kohorten“, einbrachte, wobei der Schwerpunkt auf den Bereichen „politische und zivilgesellschaftliche Mitwirkung junger Menschen“ und „deliberative Demokratie“ lag.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Team Europe Democracy (TED) Team Europe Initiative and Joint Programming tracker (europa.eu) (Team Europa Demokratie Tracker zu Team-Europa-Initiativen und zur gemeinsamen Programmplanung (europa.eu))</p> <p>Promoting inclusive democracy in the digital age: EU and Denmark launch the Digital Democracy Initiative (europa.eu) (Förderung inklusiver Demokratie im digitalen Zeitalter: EU und Dänemark starten Initiative für digitale Demokratie (europa.eu))</p> <p>Summit for Democracy: EU launches milestone programmes to empower youth as key actors of democracy (europa.eu) (Demokratiegipfel: EU startet wegweisende Programme zur Stärkung der Rolle junger Menschen als Schlüsselakteure der Demokratie (europa.eu))</p> <p>Summary for Democracy: March 2023 Summit (Zusammenfassung für Demokratie: Gipfel vom März 2023)</p> <p>Support to Electoral Reforms in the Western Balkans OSCE (Unterstützung der Wahlreformen in den Ländern des westlichen Balkans OSZE)</p> <p>The Youth Democracy Cohort (Jugendbeteiligungskohorte für Demokratie)</p>
	<p><i>Konsolidierung der Fähigkeit von EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittländern, den Online-Wahlkampf zu beobachten und zu bewerten und ihre Empfehlungen weiterzuverfolgen</i></p>	<p>Die EU entsandte in den Jahren 2021 und 2022 35 Wahlbeobachtungsmissionen, Expertenmissionen und Folgemissionen. Eine solide Methodik und begleitende Instrumente zur Beobachtung der sozialen Medien werden nun in jeder EU-Wahlbeobachtungsmission, deren Empfehlungen auf diesen Bereich ausgeweitet wurden, einheitlich eingesetzt. Die Beobachtung sozialer Medien wird nun standardmäßig bei jeder Wahlbeobachtungsmission in die Arbeit des Kernteams der Experten miteinbezogen.</p> <p>Im Rahmen der laufenden Arbeit mit den Unterzeichnerorganisationen der Grundsatzerklärung für die internationale Wahlbeobachtung leitet der Europäische Auswärtige Dienst eine Arbeitsgruppe, deren Tätigkeitsschwerpunkt auf den Auswirkungen des Datenschutzes auf die Integrität von Wahlen liegt. Das Ziel besteht darin, zu umreißen, worin die Leitprinzipien und bewährten Verfahren bestehen, die zur Gewährleistung des Datenschutzes in einem Wahlverfahren befolgt werden sollten, um auf diese Weise die Integrität der Wahl zu erhöhen und das Recht der Wähler auf den Schutz ihrer Privatsphäre und ebenso auf den Zugang zu öffentlichen Dokumenten zu wahren.</p> <p>Zuvor wurden in der Grundsatzerklärung für die internationale Plenartagung für Wahlbeobachtung, die im Dezember 2022 vom EAD und dem Europäischen Parlament in Brüssel gemeinsam ausgerichtet wurde, gemeinsame (nicht verbindliche) Leitlinien für die Beobachtung der Online-Kampagne und die Grundprinzipien für Wahl-IKT angenommen, die jetzt zum Einsatz kommen.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>EU Election Observation Missions (Wahlbeobachtungsmissionen der EU)</p> <p>Declaration of Principles for International Election Observations (Grundsatzerklärung für die internationale Wahlbeobachtung)</p> <p>Guidelines for Observation of Election Campaigns on Social Networks (Leitlinien für die Beobachtung von Wahlkampagnen in sozialen Netzwerken)</p>
	<p><i>Förderung der Nutzung der EU-Strukturfonds zur finanziellen Unterstützung der Zivilgesellschaft und zum Aufbau von Kapazitäten und einer institutionellen/administrativen Infrastruktur für eine deliberative zivilgesellschaftliche Mitwirkung und politische Teilhabe</i></p>	<p>Die Kommission koordinierte eine Reihe von Veranstaltungen und Projekten zur Sensibilisierung und zum Aufbau von Kapazitäten für die Bürgerbeteiligung in der Gestaltung und Umsetzung der Kohäsionspolitik in einem breiteren, strategisch angelegten politischen Kontext der EU.</p> <p>Der Partnerschaftsgrundsatz bildet den Kern der Kohäsionspolitik der EU. Den Interessenträgern – und über sie auch den Bürgerinnen und Bürgern – bei Entscheidungen Gehör zu verschaffen, die sie unmittelbar betreffen, ist für die Durchsetzung der Legitimität der EU-Politikgestaltung und der demokratischen Rechenschaftspflicht für Investitionen der EU und der nationalen Behörden von großer Bedeutung. Der Verhaltenskodex für Partnerschaften stellt sicher, dass die regionalen, lokalen und städtischen Behörden sowie die Zivilgesellschaft, die Umwelt- und Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen in die Gestaltung und Durchführung der Investitionsprojekte vor Ort einbezogen werden.</p> <p>Im Jahr 2022 rief die Kommission die European Community of Practice on Partnership (ECOPP) (praxisorientierte Gemeinschaft für Partnerschaften) ins Leben, in der sich 159 Vertreter der Zivilgesellschaft, der Behörden sowie regionaler und lokaler Interessenträger zusammengefunden haben, um beim Einsatz von EU-Mitteln ein partnerschaftliches Vorgehen zu fördern. Das Netz hat konkrete Leitlinien zum politischen Rahmen für Partnerschaften sowie Instrumente zur Stärkung der Partnerschaften in der gesamten EU hervorgebracht. Darüber hinaus sind im Rahmen der Kohäsionspolitik Investitionen in Höhe von 26,9 Mrd. EUR geplant, die unter das politische Ziel „Bürgernahes Europa“ fallen und in deren Rahmen lokale Behörden befähigt werden sollen, integrierte, ortsbezogene Investitionen in ganz Europa unter enger Einbeziehung der Menschen vor Ort und anderer Interessenträger zu tätigen.</p> <p>Im Juli 2020 leiteten die Kommission und die OECD eine Kooperation ein, mit der Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die deliberative Prozesse (beispielsweise Bürgerjuries, Stimmabgabe, Haushaltsplanung) einführen wollen, im Zusammenhang mit der Gestaltung, Durchführung und Überwachung von durch den EFRE, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Kohäsionsfonds finanzierten Investitionen technische Unterstützung geleistet werden soll. Im Anschluss an die erste Phase, die mit der Veröffentlichung des Abschlussberichts über die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Kohäsionspolitik „Engaging citizens in cohesion policy“ endete, begann die zweite Phase im Juli 2022.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Aktuell befinden sich in Belgien, Italien, Polen, Rumänien und Spanien acht deliberative Prozesse in der Durchführung oder Vorbereitung.</p> <p>Ein weiteres Beispiel ist ein Pilotprojekt, das 2022 in zehn europäischen Städten durchgeführt wurde und bei dem es um zivilgesellschaftliche Mitwirkung in Bezug auf grüne Infrastruktur in städtischen Gebieten ging. Eine Veröffentlichung über diese Arbeit ist in Form eines online abrufbaren Atlases erschienen, in dem unter anderem das Grundprinzip der Bürgerbeteiligung auf städtischer Ebene erläutert wird und Leitlinien für die Durchführung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Die Kommission erstellt derzeit ein Schulungspaket zur gemeinschaftlichen Gestaltung und zu deliberativen Verfahren, dessen Zielgruppe öffentliche Verwaltungen auf allen Entscheidungsebenen sind. Dieses Paket umfasst auch einen Kurs für Schulungsleiter. Das vollständige Paket wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 über die EU-Akademie veröffentlicht.</p> <p>Die Kommission erarbeitet ferner eine Studie über die Rolle öffentlicher Räume bei der Ermöglichung demokratischer Verfahren. Diese ist Teil einer umfassenderen Vision, in deren Rahmen die Notwendigkeit einer Neudefinition demokratischer Infrastrukturen erwogen wird. Der Wissenschafts- und Politikbericht, der sich auf die Beiträge weltweiter Experten stützt, soll im Frühherbst 2024 veröffentlicht werden.</p> <p>Im September 2021 rief die Kommission ein Kompetenzzentrum für partizipative und deliberative Demokratie ins Leben, dessen Aufgabe der Aufbau von Kapazitäten und die Entwicklung von bewährten Verfahren für die partizipative und deliberative Bürgerbeteiligung ist und das sich an alle Entscheidungsebenen richtet. Das Kompetenzzentrum unterstützt die Dienststellen der Kommission und die Mitgliedstaaten auf der Grundlage des aktuellsten Materials zur partizipativen und deliberativen Demokratie.</p> <p>Im Bereich der Außenbeziehungen fördert das Instrument „Europa in der Welt“ (NDICI/Europa in der Welt), ein zivilgesellschaftliches Programm (1,5 Mrd. EUR), die Zivilgesellschaft als Akteurin der Regierungsführung, während das Programm „Menschenrechte und Demokratie“ (1,5 Mrd. EUR) gezielte Maßnahmen umfasst, mit denen Menschenrechte, Demokratie, Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger geschützt und entsprechende Kapazitäten aufgebaut werden sollen. So fördert die EU beispielsweise das mit 30 Mio. EUR ausgestattete Programm <i>Protect.Defenders.eu</i>, das Menschenrechtsverteidigern in der ganzen Welt überlebenswichtige Unterstützung leistet. Die EU stellte auch Mittel in Höhe von 50 Mio. EUR für ein System für ein förderliches Umfeld für die Zivilgesellschaft EU SEE bereit, das der Überwachung des förderlichen Umfelds für die Zivilgesellschaft dient und bei Veränderungen frühzeitig Warnungen herausgibt; des Weiteren werden langfristige Kapazitäten aufgebaut und eine flexible finanzielle Unterstützung bereitgestellt.</p> <p>Das EU-Programm für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (186 Mio. EUR) arbeitet gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Behörden in Europa daran, die Bürgerinnen und Bürger der EU zur</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Bewältigung weltweiter Herausforderungen und Krisen zu befähigen und europäische Werte, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie, Mitverantwortung, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung auf lokaler und weltweiter Ebene zu fördern.</p> <p>Darüber hinaus leistet die Kommission erhebliche finanzielle Unterstützung für die Zivilgesellschaft in den Ländern des westlichen Balkans und in der Türkei. Im Rahmen des IPA II (2014–2020) stellte die EU der Zivilgesellschaft und den Medien in der gesamten Region über die Fazilität für die Zivilgesellschaft und das Medienprogramm rund 333 Mio. EUR zur Verfügung. Für den Zeitraum 2021–2023 sind bereits 218,5 Mio. EUR zugewiesen worden und für den Zeitraum 2024–2027 sind ähnliche Beträge vorgesehen.</p> <p>Die Unterstützung erfolgt über verschiedene Kanäle und in unterschiedlicher Art und Weise, unter anderem durch Finanzhilfen für zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterschiedlichen Themen sowie durch technische Hilfe beim Aufbau ihrer Kapazitäten. Der Europäische Fonds für Demokratie setzt unter anderem eine Regelung zur flexiblen Weitergabe von Finanzhilfen für die Unterstützung der Demokratie unter sich verändernden Rahmenbedingungen um (z. B. Anschubfinanzierungen, Grund- und Überbrückungsfinanzierungen sowie die Unterstützung kleiner Initiativen). Weitere Unterstützung wird im Rahmen des EU-Instruments für Demokratie und Menschenrechte bereitgestellt.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Engaging citizens in cohesion policy: pilot project final report en OECD (Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Kohäsionspolitik, Abschlussbericht zum Pilotprojekt en OECD)</p> <p>Competence Centre on Participatory and Deliberative Democracy (Kompetenzzentrum für partizipative und deliberative Demokratie)</p> <p>Summit for Democracy: EU launches milestone programmes to empower youth as key actors of democracy (europa.eu) (Demokratiegipfel: EU startet wegweisende Programme zur Stärkung der Rolle junger Menschen als Schlüsselakteure der Demokratie (europa.eu))</p> <p>European Endowment for Democracy – home (democracyendowment.eu) (Europäischer Fonds für Demokratie – Startseite (democracyendowment.eu))</p> <p>DEAR: Development Education and Awareness Raising Programme (europa.eu) (Programm für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (europa.eu))</p> <p>The European Instrument for Democracy and Human Rights – EIDHR (Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte)</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<p><i>Nutzung von EU-Mitteln und Möglichkeiten im Rahmen der EU-Jugendstrategie, der politischen Bildung, des Programms Kreatives Europa und der Gleichstellungsagenda zur Förderung des Zugangs zu demokratischer Teilhabe und des Vertrauens in die Demokratie</i></p>	<p>Die Konferenz zur Zukunft Europas wirkte als wichtiger Katalysator für neue Formen der Bürgerbeteiligung und deliberativer Prozesse. Durch eine neue Generation von in den politischen Entscheidungsprozess der Europäischen Kommission eingebetteter europäischer Bürgerforen entstand eine neue Phase der Bürgerbeteiligung. Zur Unterstützung wird derzeit ein neuer Leitfaden ausgearbeitet, in dem Grundsätze und Formate für die Bürgerbeteiligung und deliberative Prozesse festgelegt werden. Ergänzt wird dies durch eine neue zentrale Online-Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung, in der bestehende Instrumente, insbesondere das Portal für öffentliche Konsultationen, die Europäische Bürgerinitiative und ein neuer interaktiver Raum, dem Anregungen aus der Plattform für die Konferenz zur Zukunft Europas zugrunde liegen, zusammengeführt werden.</p> <p>Darüber hinaus steht eine große Bandbreite an Finanzierungsmöglichkeiten zur Förderung des Zugangs zu demokratischer Teilhabe, zivilgesellschaftlicher Mitwirkung, Vertrauen in die Demokratie und Forschung an damit zusammenhängenden Fragen bereit, insbesondere im Kontext der Programme Kreatives Europa, Erasmus+ und Horizont Europa. Dies steht vollständig im Einklang mit der einschlägigen politischen Agenda der EU, insbesondere in den Bereichen Kultur und Medien, Jugend, Bildung und Forschung.</p> <p>Im Kulturbereich veröffentlichte die Kommission im Juni 2023 den Bericht Kultur und Demokratie – die Fakten. Wie die Beteiligung der Bürger an kulturellen Aktivitäten zivilgesellschaftliche Mitwirkung, Demokratie und sozialen Zusammenhalt stärkt. Der Schwerpunkt des EU-Arbeitsplans für Kultur (2023–2026) liegt weiterhin auf der Förderung der kulturellen Teilhabe und der Rolle der Kultur in der Gesellschaft (die als eine von vier Prioritäten, nämlich „Kultur und die Förderung der Demokratie im Hinblick auf eine Kulturbürgerschaft in Europa“ definiert wird) mit gezielten Tätigkeiten zur Stärkung der Demokratie und der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung durch kulturelle Teilhabe. In diesem Zusammenhang wird die Kommission konkrete Beispiele erfassen und den Mitgliedstaaten und Interessenträgern zur Verfügung stellen, die zeigen, wie man wirksame Synergien zwischen Schulen und Kulturagenten schaffen kann, die darauf ausgelegt sind, die zivilgesellschaftliche Mitwirkung, die demokratische Einstellung und die Resilienz von Schülern mittels eines zweijährigen Projekts mit dem Titel „Kultur- und Demokratiestudien und kollegiales Lernen“ zu stärken.</p> <p>Im Rahmen von Kreatives Europa werden im Wege einer Reihe von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen Projekte finanziert, die speziell auf verschiedene Aspekte der demokratischen Teilhabe abzielen; zu ihnen zählen Projekte zur Zukunft der Demokratie, zu den Auswirkungen von Ungleichheiten und zur Rolle der Kultur beim Demokratieaufbau, bei der Inklusion und beim interkulturellen Dialog. In den Jahren 2023 und 2024 wurde eine mit 10 Mio. EUR ausgestattete Maßnahme eingerichtet, mit der in erster Linie lokale, regionale oder investigative Medien und andere, für die Demokratie bedeutsame Medien unterstützt werden sollen. Darüber hinaus erhalten journalistische Partnerschaften weiterhin finanzielle Unterstützung, um die Resilienz der Medien und somit eine Vielfalt von Angeboten auf dem Markt zu fördern.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Die Kommission unterstützt darüber hinaus im Rahmen der Arbeitsgruppe „Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung“ Maßnahmen des „Voneinander Lernens“, unter anderem zu Fragen im Zusammenhang mit politischer Bildung, der EU-Werte und der europäischen Dimension der Lehre; in der Arbeitsgruppe finden sich von den Mitgliedstaaten und anderen Teilnehmerländern ernannte Bildungsexperten, Organisationen von Interessenträgern und Sozialpartner zusammen. Im Jahr 2023 veröffentlichte die Arbeitsgruppe ein Themenpapier zur politischen Bildung (in englischer Sprache).</p> <p>Die Kommission unternahm eine Reihe unterschiedlicher Aktivitäten, um speziell die Beteiligung junger Menschen zu fördern, unter anderem indem sie ein Europäisches Jahr der Jugend (2022), den EU-Jugenddialog und das Programm „Junge europäische Botschafter“ organisierte. Erasmus+ (2021–2027) fördert durch mehrere Finanzierungsströme die Beteiligung und die zivilgesellschaftliche Mitwirkung am demokratischen Leben Europas, zu denen speziell jungen Menschen gewidmete Maßnahmen – auch auf internationaler Ebene – zählen (beispielsweise die Unterstützung von Jugendorganisationen in den Ländern des westlichen Balkans oder des südlichen Mittelmeerraums).</p> <p>Finanzhilfen stehen auch im Rahmen des Programms Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte (Citizens, Equality, Rights and Values, CERV) zur Verfügung, insbesondere der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Bezug auf die Mitwirkung und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern, die Ende 2022 eingeleitet wurde und deren Schwerpunkt auf der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 sowie den Anstrengungen, die zur Förderung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen und der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung in der EU erforderlich sind.</p> <p>Im Rahmen von Horizont Europa werden mit einer Reihe von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen Forschungsarbeiten finanziert, die sich gezielt mit verschiedenen Aspekten der demokratischen Teilhabe befassen, unter anderem Projekte zur Zukunft der Demokratie, zu den Auswirkungen von Ungleichheiten, der Rolle der Bildung sowie dem Einfluss sozialer Online-Netzwerke und neuer Medien. Im Arbeitsprogramm 2023–2024 sind zusätzlich zu den 125 Mio. EUR aus dem Programm 2021–2022 zur Unterstützung von 47 laufenden Forschungsvorhaben zwei jährliche Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Demokratie und Regierungsführung (Finanzausstattung von insgesamt 170 Mio. EUR) vorgesehen.</p> <p>Für die Auseinandersetzung mit Fragestellungen im Zusammenhang mit Bildung, Gleichstellung, sozialer Sicherung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder der Qualität der öffentlichen Verwaltung können Mitgliedstaaten auf Antrag Unterstützung aus dem Instrument für technische Unterstützung erhalten.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Communication “Conference on the Future of Europe, Putting vision into concrete action” (Mitteilung „Konferenz zur Zukunft Europas – Von der Vision zu konkreten Maßnahmen“)</p> <p>EU-Förderprogramme und aus dem EU-Haushalt sowie aus NextGenerationEU finanzierte Mittel</p> <p>Culture and democracy, the evidence. How citizens’ participation in cultural activities enhances civic engagement, democracy and social cohesion : lessons from international research (Kultur und Demokratie, der Beweis. Wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kulturellen Aktivitäten die zivilgesellschaftliche Mitwirkung, die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt verbessert: Lehren aus der internationalen Forschung)</p> <p>Erasmus+-Projektergebnisplattform</p> <p>Von der EU unterstützte europäische Medienplattformen</p> <p>Horizont Europa: Arbeitsprogramme und Research and innovation funding for democracy and governance (europa.eu) (Finanzierung von Forschung und Innovation für Demokratie und Regierungsführung (europa.eu))</p> <p>Instrument für technische Unterstützung (TSI) (europa.eu)</p>
	<p><i>Bekämpfung von Hetze und Förderung von Respekt in der öffentlichen Debatte durch Erweiterung der Liste der „EU-Straftaten“ um Hasskriminalität und Hetze</i></p>	<p>Im Jahr 2021 nahm die Kommission unter anderem im Hinblick auf die Förderung eines von Respekt geprägten, förderlichen und sichereren Umfelds für die öffentliche Debatte eine Mitteilung mit dem Titel „Ein inklusiveres und besser schützendes Europa: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität“ an. Damit wird einem künftigen Beschluss des Rates, die Liste der EU-Straftatbestände nach Artikel 83 Absatz 1 des Vertrags um Hasskriminalität und Hetze, einschließlich Online-Hetze, zu erweitern, der Weg geebnet.</p> <p>Im Rat laufen noch die Beratungen über den Beschluss, die Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität zu erweitern.</p> <p>Die Kommission finanziert im Rahmen von IPA II das Programm „Reporting Diversity Network 2.0.“ (Netz für Diversität in der Berichterstattung) (1 Mio. EUR, August 2020 bis August 2024), mit dem ein regionales Netz von Organisationen der Zivilgesellschaft befähigt wird, gemeinsam auf das Ziel hinzuwirken, die Qualität der medial übermittelten Informationen zu beeinflussen, die sich auf die Wahrnehmung von ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Geschlecht als dringliche Themenbereiche auswirken, die für das allgemeine Verständnis und die Toleranz in den Ländern des westlichen Balkans maßgeblich sind. Das Projekt stellt der gesamten Zivilgesellschaft Instrumente, Ressourcen und Fakten zur Verfügung, um inklusivere Medien und eine wirksame Politikgestaltung zur Förderung von Toleranz voranzubringen.</p> <p>Im Rahmen von IPA II und III unterstützt die Kommission mittels einer eigens dazu bestimmten Komponente der horizontalen Fazilität von EU und Europarat (12 Mio. EUR) dessen Arbeit zur Bekämpfung von Diskriminierung und Hetze in den Ländern des westlichen Balkans. Durch regionale und länderspezifische technische Hilfe fördert sie die</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Angleichung an europäische Standards und den Bereich der Grundrechte betreffende Empfehlungen der Kommission in den Länderberichten.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Mitteilung über ein inklusiveres und besser schützendes Europa Reporting Diversity Network – Reporting Diversity Network (Netz für Diversität in der Berichterstattung)</p>
Stärkung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus	Empfehlung zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union unter Berücksichtigung neuer Bedrohungen im Internet, denen insbesondere Journalistinnen ausgesetzt sind	<p>In der im September 2021 angenommenen Empfehlung zur Sicherheit von Journalisten von 2021 werden Maßnahmen vorgestellt, mit denen Mitgliedstaaten die Sicherheit von Journalisten verbessern können. Die Empfehlung enthält einen Katalog praktischer Maßnahmen hinsichtlich einer wirksamen, unparteiischen Untersuchung und Verfolgung von Straftaten, unabhängiger Reaktions- und Unterstützungsmechanismen, des Zugangs zu Veranstaltungsorten und Informationen, der Sicherheit bei Demonstrationen, Schulungen und Online-Sicherheit sowie zur digitalen Befähigung. Zum Schutz derjenigen, die durch Bedrohungen und Angriffe besonders gefährdet sind, u. a. Journalistinnen, Journalisten, die Minderheiten angehören, und Journalisten, die über Gleichstellungsfragen berichten, wurden intensiviertere Maßnahmen empfohlen. Im Juli 2023 gab die Kommission eine unabhängige externe Studie in Auftrag, um Informationen über die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Empfehlung zu sammeln. Im Rahmen der Studie werden länderspezifische Kurzdarstellungen erstellt und die Verfahren der Länder bewertet und Schlüsselindikatoren sowie eine Überwachungs- und Evaluierungsmethodik entwickelt. Diese Methodik wird in künftigen Berichterstattungen zum Einsatz kommen und voraussichtlich die Vollständigkeit und Kohärenz der Berichterstattung im Rahmen der Empfehlung verbessern. Die vorläufigen Ergebnisse der Studie werden auf dem vierten Nachrichtenmedienforum am 4. Dezember 2023 in Brüssel erörtert. Darüber hinaus setzt die Kommission die Finanzierung von Maßnahmen fort, deren Schwerpunkt auf der Bereitstellung juristischer und praktischer Unterstützung für Journalisten innerhalb und außerhalb der EU liegt.</p> <p>Im Rahmen von IPA III finanziert die Kommission das Programm „SafeJournalists Network“ (1,44 Mio. EUR, April 2023 bis Juli 2026), dessen Umsetzung durch ein Konsortium unter Führung des unabhängigen Journalistenverbandes von Serbien erfolgt; seine Ziele bestehen darin, durch die Unterstützung einer regionalen Frühwarnplattform, in der Angriffe und Bedrohungen gegenüber Journalisten gemeldet werden, sowie durch die weitere Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungs- und Justizbehörden und durch die angemessene, rasche Nachverfolgung derartiger Fälle einen Beitrag zur Schaffung eines förderlichen Umfelds zu leisten.</p> <p>Im Rahmen der horizontalen Fazilität mit dem Europarat wird in den Ländern des westlichen Balkans die Anwendung der Rechte und Pflichten von Medienakteuren im Einklang mit europäischen Standards ebenso wie die Verbesserung des</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Rechtsrahmens durch regionale und länderspezifische Mittelzuweisungen unterstützt (4 Mio. EUR, Januar 2023 bis Dezember 2026).</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Empfehlung der Kommission zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union</p> <p>Home – SafeJournalists (Startseite – SafeJournalists)</p> <p>Promoting and protecting freedom of expression and media – Horizontal Facility (coe.int) (Förderung und Schutz der Freiheit der Meinungsäußerung und der Medien – Horizontale Fazilität (coe.int))</p>
	<p>Strukturierter Dialog – im Rahmen des „European News Media Forum“ – mit den Mitgliedstaaten, Interessenträgern und internationalen Organisationen zur Vorbereitung und Umsetzung der Empfehlung</p>	<p>Während des ersten europäischen Forums der Nachrichtenmedien (23.–25. März 2021) fand im Hinblick auf die Ausarbeitung der Empfehlung ein strukturierter Dialog über die Sicherheit von Journalisten statt. An dem Forum nahmen maßgebliche Vertreter von Interessenträgern teil, unter anderem internationale und nationale Einrichtungen sowie Einrichtungen der EU, Journalisten- und Verlegerverbände, Forscher, NRO und Online-Plattformen. Nachdem während der 2. und 3. Auflage des Dialogs die Transformation und Innovation im Bereich der Medien erörtert worden waren, fand am 4. Dezember 2023 in Brüssel eine neue Auflage des Forums zur Erörterung der vorläufigen Ergebnisse der unabhängigen externen Studie zu den Tätigkeiten statt, die die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Empfehlung unternommen hatten.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Event report on the structured dialogue on the safety of journalists (Veranstaltungsbericht über den strukturierten Dialog über die Sicherheit von Journalisten)</p> <p>European News Media Forum on Safety of Journalists (Europäisches Nachrichtenmedienforum über die Sicherheit von Journalisten)</p>
	<p>Nachhaltige Finanzierung von Projekten mit Schwerpunkt auf juristischer und praktischer Unterstützung für Journalisten innerhalb und außerhalb der EU, einschließlich Sicherheitstraining und</p>	<p>Die Kommission finanziert Projekte im Bereich der juristischen und praktischen Unterstützung für Journalisten sowohl in den Mitgliedstaaten als auch weltweit. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf Soforthilfe und Krisenreaktion bei Verletzungen der Presse- und Medienfreiheit sowie auf dem Kapazitätsaufbau und der Weiterbildung von Journalisten.</p> <p>Im Rahmen der zweiten Auflage der Krisenreaktion bei Verstößen gegen die Medienfreiheit (MFRR-II), die bis Oktober 2023 läuft, wurden 669 Meldungen mit 1121 angegriffenen Personen oder Einrichtungen dokumentiert. Sie bot für 22 Rechtssachen in 11 Ländern, in die mit rechtlichen Schritten konfrontierte Medienkanäle und Journalisten involviert waren, finanzielle Unterstützung an. Was den Notfallfonds für praktische Unterstützung betrifft, so gingen im Rahmen des Projekts 457 Anträge auf praktische Unterstützung ein und in 44 dieser Fälle wurden Finanzhilfen in Höhe von</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<i>Schulungen im Bereich Cybersicherheit für Journalisten sowie diplomatische Unterstützung</i>	<p>durchschnittlich 1 600 EUR pro Finanzhilfe gewährt. In Bezug auf die Interessenvertretung und Sensibilisierung im Bereich der Medienfreiheit und der Sicherheit von Journalisten wurden von der Krisenreaktion bei Verstößen gegen die Medienfreiheit 94 Erklärungen und offene Briefe zu wichtigen Themen der Presse- und Medienfreiheit in 27 Ländern veröffentlicht. Die vierte Auflage der Krisenreaktion bei Verstößen gegen die Medienfreiheit begann im November 2023 und wird bis Ende Oktober 2025 laufen.</p> <p>Das Projekt Free Media Hub EAST wurde im Juli 2023 begonnen und wird bestehende, etablierte unabhängige russische und belarussische Medien unterstützen, die in der EU arbeiten. Im Rahmen des Projekts werden über 2,2 Mio. EUR an Finanzhilfen gewährt, Hilfe und psychologische Unterstützung bereitgestellt, Investitionen in technologische Lösungen getätigt und die Zusammenarbeit zwischen lokalen Zentren, in denen sich diese im Exil arbeitenden Medien in der EU befinden (vor allem in Deutschland, Lettland, Litauen, Polen und Tschechien) gestärkt werden.</p> <p>Der „Fonds für grenzübergreifenden Investigativjournalismus“ (cross-border investigative journalism fund, IJ4EU) ermöglichte fast 300 Journalisten aus der gesamten EU, investigative Kooperationen zu transnationalen Themen, die von öffentlichem Interesse waren, durchzuführen. Aus dem Fonds IJ4EU wurde 43 Projekten eine Summe von 1 110 868,65 EUR zugewiesen. An drei Journalistenteams wurden darüber hinaus im Rahmen des IJ4EU Impact Award zusätzlich Preise in Höhe von 15 000 EUR verliehen. Der Fonds bot auch fachliche Schulungen und Mentoring für freischaffende Journalisten an und leistete sämtlichen Begünstigten praktische, juristische und redaktionelle Unterstützung; ergänzt wurde dies durch Fürsprache bei Verletzungen der Pressefreiheit. Die Unterstützung des Investigativjournalismus wird im Rahmen des von Juli 2023 bis Juni 2025 laufenden Projekts „Collaborative Investigative Journalism Initiative“ (Initiative für kooperativen investigativen Journalismus) fortgesetzt.</p> <p>Außerhalb der EU setzen die Delegationen weiterhin im Einklang mit dem Handbuch für die Sicherheit von Journalisten Maßnahmen um. Für die EU-Delegationen wurden Schulungsunterlagen und Informationsmaterial zum Umgang mit gegen Journalisten gerichtete Übergriffe entwickelt. Die EU unterstützt ferner maßnahmenbezogene Finanzhilfen, die von Organisationen der Zivilgesellschaft und Medienorganisationen zur Bereitstellung von Rechtshilfe, Kapazitätsaufbau, finanzieller Hilfe sowie allgemeinen Sicherheits- und Cybersicherheitsschulungen gewährt werden. Die EU setzt ihre finanzielle und technische Unterstützung fort und arbeitet dabei mit Partnern im Mediensektor sowie anderen vertrauenswürdigen Akteuren wie dem Europäischen Fonds für Demokratie zusammen. Die meisten EU-Delegationen stufen die Freiheit der Meinungsäußerung/Medienfreiheit und die Sicherheit von Journalisten in ihren Länderstrategien für Menschenrechte 2021–2024 als eine Hauptpriorität ein. Als Beispiele sind unter anderem das Programm NDICI/Menschenrechte und Demokratie, mit dem unter anderem Projekte zur Verbesserung der fachlichen Kompetenzen, Fähigkeiten und Kapazitäten von Journalisten, Bloggern und Medienschaffenden unterstützt werden. Darüber hinaus unterstützt es von Medien entwickelte Initiativen zur Selbstregulierung und Standardsetzung. Im Rahmen dieses Programms</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>wies die EU für den Zeitraum 2022–2023 länderspezifische Finanzmittel (die von den EU-Delegationen verwaltet werden) zu, die lokale Maßnahmen zur Förderung dieser Zielsetzungen ermöglichen. Das NDICI-Programm umfasst auch eine globale Maßnahme zur Unterstützung der Medien und Nutzung neuer Technologien mit dem Ziel, die Demokratie zu fördern und zu schützen, den Bedrohungen für Demokratie und Wahlverfahren zu begegnen, die Unabhängigkeit der Medien zu wahren und die Herausforderungen Zusammenhang mit neuen Technologien zu bewältigen.</p> <p>Im Rahmen des IPA-Instruments (Fazilität für die Zivilgesellschaft und das Medienprogramm) kann die Kommission bei der Unterstützung unabhängiger Medien und des Medienpluralismus in den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei mit einer Reihe sowohl ganzheitlicher als auch spezialisierter regionaler Programme im Wert von über 42 Mio. EUR (Oktober 2023) eine solide Erfolgsbilanz vorweisen. Die Programme zielen auf verschiedene systemische Aspekte der Medienfreiheit ab, hauptsächlich jedoch auf die umfassenderen Aspekte eines förderlichen Umfelds für die Medien (einschließlich der Sicherheit von Journalisten, der Bekämpfung von Desinformation usw.), des Zugangs zu Finanzmitteln und der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit, der beruflichen Standards der Medien und hochwertiger Inhalte. Einige Beispiele hierfür sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Support to Media Freedom and Pluralism in the Western Balkans“ (Unterstützung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in den Ländern des westlichen Balkans) (10 Mio. EUR, März 2023 bis August 2025); Ziel dieses Programms war es, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit unabhängiger Medienunternehmen zu verbessern, ihre Kapazitäten für hochwertige Berichterstattung zu verbessern und den regionalen Austausch und die Vernetzung zwischen Medienunternehmen und anderen Akteuren im Medienmarkt zu erleichtern. • Drei direkte maßnahmenbezogene Finanzhilfen für den Europäischen Fonds für Demokratie zur gezielten Unterstützung von Medienunternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (37,6 Mio. EUR, davon etwa die Hälfte für Medien) und jährliche Betriebskostenzuschüsse (2 Mio. EUR pro Jahr); diese Regelung dient der flexiblen Weitergabe von Finanzhilfen zur Unterstützung der Demokratie unter sich rasch verändernden Rahmenbedingungen. <p>In den letzten fünf Jahren finanzierte die EU darüber hinaus in Ländern außerhalb der EU Projekte im Wert von über 120 Mio. EUR zur Unterstützung der Freiheit der Meinungsäußerung und unabhängiger Medien. Beispiele für Maßnahmen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besondere Unterstützung für Journalisten und Medien in der Ukraine (30 Mio. EUR) • Unterstützung für unabhängigen Journalismus in der südlichen Nachbarschaft, die sich im Jahr 2021 auf 15 Mio. EUR belief, über den Europäischen Fonds für Demokratie gewährte Finanzhilfen

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<ul style="list-style-type: none"> • Im Februar 2022 trat ein umfangreiches Programm zur Unterstützung unabhängiger russischer Medien in Kraft, das Soforthilfe sowie Maßnahmen für einen längerfristigen Kapazitätsaufbau und andere Unterstützungsmaßnahmen vorsieht • Beginn der Verfahren zur Auswahl maßgeblicher Organisationen für die Durchführung von Tätigkeiten zum Schutz unabhängiger Medien im Kontext des thematischen Rahmens der Partnerschaften für Menschenrechte und Demokratie • ProtectDefenders intensivierte seine Arbeit zum Schutz von Journalisten in Krisenländern. Im Jahr 2021 unterstützte dieser Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern rund 550 Journalisten weltweit • In Afghanistan wurden mit der UNESCO und Internews zwei Programme für Medien innerhalb des Landes sowie für die Arbeit aus dem Ausland vereinbart • Unterstützung von Medien und Assises de Journalism <p>Im Rahmen des Programms „Europa in der Welt – Menschenrechte und Demokratie“ 2021–2027 sind schätzungsweise 185 Mio. EUR für die Unterstützung unabhängiger Medien und die Nutzung der Digitalisierung weltweit vorgesehen. Die neue Finanzpartnerschafts-Rahmenvereinbarung über den Schutz unabhängiger Medien wird eine stärkere strategische Zusammenarbeit mit ausgewählten Nichtregierungsorganisationen (NRO), die sich für den Schutz der Medienfreiheit auf der ganzen Welt einsetzen, ermöglichen. Die Vereinbarung wurde für eine Laufzeit von vier Jahren (2023–2027) mit drei führenden Konsortien geschlossen. Bis zu 20 Mio. EUR werden bereitgestellt. Die Ziele bestehen darin, die Resilienz gefährdeter Journalisten und Medienunternehmen zu stärken, Hetze, Extremismus und Desinformation zu bekämpfen, jungen Journalisten, die unter schwierigen Bedingungen tätig sind, Zugang zu beruflicher Weiterbildung und Möglichkeiten zum Lernen bereitzustellen und grenzübergreifende Netze von Medienentwicklungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzubauen und zu festigen.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Media Freedom and Rapid Response (Medienfreiheit und Krisenreaktion) IJ4EU – Investigative Journalism for Europe (Investigativer Journalismus für Europa) Handbook for Safety of Journalists (Handbuch für die Sicherheit von Journalisten) International cooperation and development – Calls for proposals and tenders (Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und Ausschreibungen) Home – SafeJournalists (Startseite – SafeJournalists)</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		The European Endowment for Democracy (EED) (democracyendowment.eu) (Europäischer Fonds für Demokratie (democracyendowment.eu)) WB6 MEDIA Support to Media Freedom and Pluralism in the Western Balkans (Unterstützung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in den Ländern des westlichen Balkans)
	<i>Einrichtung einer Expertengruppe zu strategischen Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit (SLAPP-Klagen) für die Erfassung und den Austausch bewährter Verfahren für die juristische Unterstützung von Journalisten und anderer Maßnahmen</i>	Die Expertengruppe für SLAPP-Klagen (strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) wurde im Jahr 2021 eingerichtet und unterstützte die Kommission bei der Vorbereitung des Anti-SLAPP-Pakets. Die Gruppe, die aus Angehörigen der Rechtsberufe und aus Juristenverbänden bestand, kam achtmal zusammen. Die Gruppe unterstützt die Mitgliedstaaten weiterhin bei der Umsetzung der Empfehlung. <u>Links zum Thema:</u> Expert group against SLAPP (Expertengruppe für SLAPP-Klagen)
	<i>Vorlage einer Initiative zum Schutz von Journalisten und der Zivilgesellschaft vor SLAPP-Klagen</i>	Im April 2022 legte die Kommission ein Maßnahmenpaket gegen SLAPP-Klagen vor, in dem sie gesetzgeberische Vorkehrungen zur Eindämmung missbräuchlicher Gerichtsverfahren gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger sowie eine große Bandbreite nicht gesetzgeberischer Maßnahmen zur Unterstützung von Aktionen auf nationaler Ebene vorschlägt, mit denen einige der Ursachen für SLAPP-Klagen wie beispielsweise Ehreenschutzvorschriften angegangen werden sollen. Am 30. November erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine vorläufige politische Einigung über die Richtlinie zur Bekämpfung missbräuchlicher Klagen gegen öffentliche Beteiligung (Anti-SLAPP-Richtlinie). In Bezug auf die Empfehlung sollten die Mitgliedstaaten der Kommission die auf nationaler Ebene erhobenen aggregierten Daten ab Ende 2023 jährlich melden, wobei die Datenschutzerfordernisse uneingeschränkt zu beachten sind. Die Kommission wird jedes Jahr eine Zusammenfassung der eingegangenen Beiträge veröffentlichen. <u>Links zum Thema:</u> Vorschlag für eine Richtlinie zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“)
	<i>Unterstützung der EU-Zusammenarbeit zwischen</i>	Die Kommission unterstützt die Zusammenarbeit zwischen nationalen Medienräten , anderen Selbstregulierungsstellen der Medien, unabhängigen Medienregulierungsbehörden und Netzwerken von Journalisten sowie Initiativen zur Förderung

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<p><i>nationalen Medienräten, anderen Selbstregulierungsstellen der Medien, unabhängigen Medienregulierungsbehörden und Netzwerken von Journalisten sowie Initiativen zur Förderung journalistischer Partnerschaften und Standards</i></p>	<p>journalistischer Partnerschaften und Standards, insbesondere mittels finanzieller Unterstützung für Projekte im Rahmen verschiedener Programme (z. B. Horizont 2020, Horizont Europa und Kreatives Europa).</p> <p>Ein Beispiel ist das Pilotprojekt „Medienräte im digitalen Zeitalter“, dessen Schwerpunkt darin besteht, die wichtige Rolle von Presse- und Medienräten in Zeiten abnehmenden Vertrauens gegenüber Journalisten und Medienunternehmen, verbunden mit zunehmender Desinformation in den neuen Medien, hervorzuheben. Das Projekt befasst sich anhand der folgenden vier Hauptkomponenten mit den digitalen Herausforderungen: wissenschaftliche Arbeiten zur Bereitstellung von Daten und Analysen zu bestehenden Presseräten, Sensibilisierungskampagne zur Förderung der Selbstregulierung der Medien, Sichtbarkeit und Austausch über die Arbeit von Medienräten auf internationaler Ebene und Stärkung bestehender Organisationen bzw. Unterstützung künftiger Organisationen. Dieses Projekt wird im Rahmen des Projekts „Media Councils in the Digital Age 4“ (Medienräte im digitalen Zeitalter 4), das von Juli 2023 bis Juni 2025 läuft, fortgesetzt. Weitere Projekte sind Vorhaben im Rahmen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen „Medien für Demokratie – demokratische Medien“ von Horizont Europa oder das im Rahmen des Programms Kreatives Europa finanzierte Projekt „European Excellence exchange for journalism“ (Europäischer Austausch von Exzellenz im Journalismus), mit dem ein Wissenszentrum für Journalisten bereitgestellt wird, über das Journalisten auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Regeln in Kontakt kommen können.</p> <p>Ein weiteres Beispiel ist das Programm „Strengthening Quality News and Independent Journalism in the Western Balkans and Turkey II“ (Stärkung hochwertiger Nachrichten und des unabhängigen Journalismus in den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei II“) (2,2 Mio. EUR, Januar 2023 bis Dezember 2025), dessen Ziel darin besteht, ein auf Vertrauen beruhendes Engagement der Bürgerinnen und Bürger und der Medien zu stärken, Medien und Journalisten Ressourcen bereitzustellen und durch Bildung, Ausbildung, Mentoring und redaktionelle Unterstützung sowie technische und finanzielle Unterstützung die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie qualitativ hochwertige Inhalte produzieren können, indem herausragende Leistungen in den Bereichen Qualitäts- und Investigativjournalismus veröffentlicht und gefördert werden.</p> <p>Im Rahmen der horizontalen Fazilität der EU und des Europarats wird mit regionalen und länderspezifischen Mittelzuweisungen in Ländern des westlichen Balkans das Ziel verfolgt, die Achtung sowohl der Rechte als auch der Pflichten von Journalisten, Journalistenverbänden, Selbstregulierungsstellen und anderen Medienorganisationen im Einklang mit dem Rechtsprechungssystem des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der Standards des Europarats unter anderem durch die Zusammenarbeit mit Medienregulierungsbehörden und dem Justizwesen sicherzustellen (4 Mio. EUR, Januar 2023 bis Dezember 2026).</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		Media Councils in the Digital Age (Medienräte im digitalen Zeitalter) Promoting and protecting freedom of expression and media – Horizontal Facility (coe.int) (Förderung und Schutz der Freiheit der Meinungsäußerung und der Medien – Horizontale Fazilität (coe.int)) Horizon Europe projects on the future of liberal democracy (Projekte im Rahmen von Horizont-Europa zur Zukunft der liberalen Demokratie)
	<i>Einrichtung des Überwachungsmechanismus für die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich (Media Ownership Monitor) und Weiterentwicklung möglicher Orientierungshilfen zur Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich</i>	<p>Das Pilotprojekt zum Überwachungsmechanismus für die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich begann im September 2021 und seine zweite Phase wurde im September 2023 abgeschlossen. Im Rahmen des Projekts wird eine Datenbank mit Informationen über die Eigentumsverhältnisse und die Kontrolle der relevantesten Nachrichtenmedien in 27 Mitgliedstaaten bereitgestellt. Das Projekt deckt die relevantesten Medien ab, die im Hinblick auf die Nachfrage (Marktanteil) und/oder Agenda (Zitat und/oder Empfehlung durch andere Pressedienste) ausgewählt wurden. Die Stichproben umfassen sowohl nationale als auch regionale Medien. Alle Daten wurden aus öffentlich zugänglichen Quellen erhoben.</p> <p>Im September 2023 nahm die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zu einem Europäischen Medienfreiheitsgesetz und eine begleitende Empfehlung zu internen Schutzvorkehrungen für redaktionelle Unabhängigkeit und Transparenz von Medieneigentum an. Die Verordnung enthält eine Reihe von Informationspflichten für Anbieter von Mediendiensten, die Folgendes umfassen: eingetragener Name, Kontaktdaten, Namen der direkten, indirekten und wirtschaftlichen Eigentümer. In der Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Regulierungsbehörden mit der Entwicklung und Pflege einer speziellen Online-Datenbank für Medieneigentum mit aufgeschlüsselten Daten über verschiedene Medienarten zu betrauen. Die interinstitutionellen Verhandlungen laufen noch.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Euromedia Ownership Monitor (Monitor für Medieneigentum Euromedia) Europäisches Medienfreiheitsgesetz Empfehlung zu internen Schutzvorkehrungen für redaktionelle Unabhängigkeit und Transparenz von Medieneigentum</p>
	<i>Förderung von Maßnahmen für eine transparente und gerechte Vergabe staatlicher Werbeaufträge</i>	<p>In dem von der Kommission im September 2022 angenommenen Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz sind Anforderungen an die Vergabe staatlicher Werbeaufträge an Medien vorgesehen, sodass diese nach transparenten, objektiven, verhältnismäßigen und nichtdiskriminierenden Kriterien sowie in offenen, verhältnismäßigen und nichtdiskriminierenden Verfahren bewilligt werden. Die Mitgliedstaaten müssten die ausgegebenen Beträge und die Begünstigten staatlicher Werbung veröffentlichen. Die interinstitutionellen Verhandlungen über den Vorschlag laufen noch.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Europäisches Medienfreiheitsgesetz</p> <p>Empfehlung zu internen Schutzvorkehrungen für redaktionelle Unabhängigkeit und Transparenz von Medieneigentum</p>
	<p><i>Sondierung von Optionen für die weitere Unterstützung der Medienvielfalt und Förderung eines europäischen Ansatzes zur Herausstellung audiovisueller Mediendienste von allgemeinem Interesse</i></p>	<p>Am 16. September 2022 wurde eine unabhängige Studie über Medienpluralität und Medienvielfalt im Internet veröffentlicht. In der Studie werden gesetzgeberische Maßnahmen und branchenspezifische Praktiken im Zusammenhang mit der Herausstellung und Auffindbarkeit von Inhalten und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erfasst; darüber hinaus wird die Wirksamkeit derartiger Maßnahmen beurteilt. In der Studie wurde festgestellt, dass Inhalte und Dienste, die stärker herausgestellt werden, Auswirkungen auf die Expositionsvielfalt und den Medienpluralismus haben können. Allerdings stellt die Bewertung der praktischen Auswirkungen auf den Medienpluralismus und die Exposition der Nutzer mit der Vielfalt der Medien, die von den derzeitigen Maßnahmen der Branche zur Priorisierung von Inhalten ausgehen können, eine Herausforderung dar. Die Gründe hierfür hängen mit der Nutzung algorithmengesteuerter inhaltlicher Empfehlungen und dem fast gänzlich fehlenden Zugang zu Daten zusammen. Im Anschluss daran werden in der Studie politische Optionen und Empfehlungen zur Entwicklung transparenter, einer Rechenschaftspflicht unterliegender Herausstellungssysteme vorgeschlagen und erörtert.</p> <p>Im Laufe des Jahres 2021 wurden in der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (European Regulators Group for Audiovisual Media Services, ERGA) bewährte Verfahren ausgetauscht und es fand ein Workshop zur Herausstellung von Inhalten von allgemeinem Interesse statt, woraus ein Bericht resultierte. Im September wurde ein Workshop veranstaltet, der in das Endergebnis einfließen wird. Die Arbeit der ERGA wurde 2022 mit weiteren Leitlinien bzw. Analysen zur Wirksamkeit von Algorithmen und Empfehlungssystemen bei der Gewährleistung einer angemessenen Herausstellung audio-visueller Mediendienste von allgemeinem Interesse sowie der Herausstellung europäischer Leistungen fortgesetzt. Die angemessene Herausstellung audiovisueller Mediendienste von allgemeinem Interesse gemäß Artikel 7a der überarbeiteten Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) ist einer der Bereiche, in denen das neue Europäische Gremium für Mediendienste Leitlinien im Rahmen des künftigen Europäischen Medienfreiheitsgesetzes herausgeben soll.</p> <p>Die Kommission widmet der Produktion unabhängiger Nachrichten über Angelegenheiten der EU zudem eine volle Haushaltlinie („Multimedia-Aktionen“). Zu den Begünstigten zählen Euronews, Radionetze, Datenjournalismus-Initiativen oder der European Newsroom, in dem sich führende europäische Nachrichtenagenturen zusammenfinden. Ergänzt wird dies durch eine Reihe von Pilotprojekten zur Medien- und Bürgerbefähigung wie den europäischen Medienplattformen, deren Ziel in der Verbesserung des Zugangs der Bürgerinnen und Bürger der EU zu vertrauenswürdigen Informationen besteht, oder der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, wie junge Menschen europaweit mit</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Nachrichten über relevante, wichtige Angelegenheiten versorgt werden können, sodass auf diese Weise ihr demokratisches Engagement gestärkt wird. Weitere Finanzhilfen stehen zur Unterstützung kleiner Online-Medien bei der Durchführung von Forschungsarbeiten und Aktivitäten zur Förderung der Medienkompetenz mit dem Ziel der Unterstützung des Kampfes gegen Desinformation bereit; Unterstützung wird auch für Nachrichtenmedien angesichts von „Nachrichtenwüsten“ geleistet.</p> <p><i>Links zum Thema:</i></p> <p>Study on media plurality and diversity online (Studie über Medienpluralität und Medienvielfalt im Internet)</p> <p>Europäische Medienplattformen</p> <p>ERGA – European Regulators Group for Audio-visual Media Services report (Bericht der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste)</p> <p>Multimedia-Aktionen Gestaltung der digitalen Zukunft Europas (europa.eu)</p>
<p>Bekämpfung von Desinformation und Informationsmanipulation</p>	<p><i>In diesem Zusammenhang werden die Dienststellen der Kommission und der EAD mit den Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft und den Unternehmen an präziseren gemeinsamen Definitionen und Methoden arbeiten, um gegen verschiedene Kategorien von Desinformation und Einflussnahme vorzugehen.</i></p>	<p>Der EAD trieb in Zusammenarbeit mit der Kommission, den Mitgliedstaaten, internationalen Partnern und anderen Interessenträgern die Arbeit an einem gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Terminologie voran und im Juni 2021 wurde ein „Non-Paper“ mit einem Vorschlag für eine Definition des Begriffs der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (FIMI) veröffentlicht, in dem die Bedrohung, der das Informationsumfeld ausgesetzt ist, deutlicher beschrieben wird. Die Terminologie ist seither in mehreren Dokumenten der Europäischen Union sowie auch außerhalb der EU, darunter in der Erklärung der G7-Außenminister von 2022 und in der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO 2023 verwendet worden.</p> <p>Im gesamten Zeitraum 2021–2022 wurden die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft, die Industrie und andere Interessenträger in einer speziellen Reihe von Expertengesprächsrunden konsultiert und es wurde zusammen daran gearbeitet, ein gemeinsames Verständnis zu fördern und sicherzustellen, dass analytische Kapazitäten bereitstehen, die den Kriterien der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland entsprechen. Die Arbeiten werden unter anderem im Rahmen spezieller Projekte fortgesetzt, um das Verständnis der unterschiedlichen Bausteine der Definition des Begriffs der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland weiter zu verbessern. Die Zivilgesellschaft hat die Definition ebenfalls zur Kenntnis genommen, wie in einem Bericht des EU DisinfoLab aus dem Jahr 2023 veranschaulicht wird.</p> <p><i>Links zum Thema:</i></p> <p>EU Strategic Compass on Security and Defense (Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung der EU)</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>FIMI Conclusions (July 2022) (Schlussfolgerungen zu Manipulation und Einmischung aus dem Ausland – Juli 2022)</p> <p>EUvsDisinfo</p> <p>EEAS Stratcom Activity report 2021 (Tätigkeitsbericht 2021 der Abteilung Stratcom des EAD), EEAS Stratcom Activity report 2022 (Tätigkeitsbericht 2022 der Abteilung Stratcom des EAD)</p> <p>G7 Rapid Response Mechanism Annual Report 2021 (G7-Krisenreaktionsmechanismus Jahresbericht 2021)</p> <p>G7 Foreign Ministers Statement 2022 (Erklärung der Außenminister der G7, 2022)</p> <p>Joint Declaration on EU-NATO cooperation (Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO)</p> <p>EU DisinfoLab – FIMI : towards a European redefinition of foreign interference (Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland: auf dem Weg zu einer europäischen Neudefinition von Einmischung aus dem Ausland)</p>
	<p><i>Entwicklung des Instrumentariums der EU zur Bekämpfung ausländischer Einmischung und Einflussnahme, einschließlich neuer Instrumente, die es ermöglichen, den Tätern Kosten aufzuerlegen, sowie Stärkung der strategischen Kommunikationstätigkeiten und der Taskforces des EAD</i></p>	<p>Der EAD legte im April 2021 ein gemeinsames Konzeptpapier des EAD und der Europäischen Kommission zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vor, in dem die vier Dimensionen dieses Instrumentariums benannt wurden, nämlich: Lagebewusstsein, Aufbau von Resilienz, Störung/Regulierung und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Auswärtigen Dienst der EU, einschließlich GASP und diplomatischer Reaktionen. Jeder Bereich umfasst verschiedene Arten von Instrumenten, die geeignet sind, die Auswirkungen von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu verhindern oder zu verringern, von der Verfolgung dieser Aktivitäten abzuschrecken oder auf sie zu reagieren. Im März 2023 bestätigte die Horizontale Gruppe „Stärkung der Resilienz und Abwehr hybrider Bedrohungen“ das aktualisierte Konzeptpapier über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und die Existenz des Instrumentariums.</p> <p>Der Rat nahm im Juli 2022 Schlussfolgerungen zur Manipulation und Einmischung aus dem Ausland an. Der EAD und die Dienststellen der Kommission setzten die Gespräche mit den Mitgliedstaaten über Instrumente, die eine Erhöhung der Kosten für die Täter ermöglichen, fort.</p> <p>Derzeit werden Anstrengungen zur weiteren Stärkung der internen Kapazitäten und Fähigkeiten der Teams und Taskforces des EAD für strategische Kommunikation unternommen; dies schließt auch ein Netz von 27 Stratcom-Beauftragten ein, deren Aufgabe die Lenkung der strategischen Kommunikationsanstrengungen vor Ort ist.</p> <p>Die EU setzt darüber hinaus auch ihre diplomatischen Instrumente ein, um durch staatliche Akteure gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (FIMI) vorzugehen. Insbesondere verhängte die EU ab März 2022 Sanktionen gegen Russia Today (RT), Sputnik und andere Kanäle aufgrund ihrer entscheidenden Rolle bei der Informationsmanipulation und Einflussnahme in Bezug auf den Angriff auf die Ukraine (vollständige Liste in Anhang XV zur Verordnung 833/2014). Darüber hinaus schärfen öffentliche Kanäle wie EUvsDisinfo weiterhin das</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Bewusstsein für krenlfreundliche Informationsmanipulation und Einflussnahme und zeigen deren koordinierten Charakter auf. Im Jahr 2022 erreichte das Projekt EUvsDisinfo über seine Website mehr als 2,7 Millionen Menschen und über ihre Social-Media-Kanäle 19,3 Millionen mehr.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Strategic Compass (Strategischer Kompass)</p> <p>FIMI Conclusions (July 2022) (Schlussfolgerungen zu Manipulation und Einmischung aus dem Ausland – Juli 2022)</p> <p>EUvsDisinfo</p> <p>EEAS Stratcom Activity report 2021 (Tätigkeitsbericht 2021 der Abteilung Stratcom des EAD), EEAS Stratcom Activity report 2022 (Tätigkeitsbericht 2022 der Abteilung Stratcom des EAD)</p> <p>Weltkarte der EU-Sanktionen</p>
	<p><i>Einführung eines neuen Protokolls zur Stärkung der bestehenden Kooperationsstrukturen zur Bekämpfung von Desinformation, sowohl in der EU als auch auf internationaler Ebene</i></p>	<p>Die Maßnahmen der EU, die als Reaktion auf die beispiellosen Wellen von ausländischer Informationsmanipulation, Einflussnahme und Desinformation im aktuellen geopolitischen Kontext erfolgten, haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen EU-Organen gut funktioniert. Die bestehenden Kooperationsstrukturen haben sich als flexibel und dazu in der Lage erwiesen, ohne die Notwendigkeit neuer formaler Regelungen auf sich ändernde Erfordernisse zu reagieren. Das Engagement in den jeweiligen Netzen wie dem Schnellwarnsystem und dem Netz gegen Desinformation hat sich als äußerst nützlich erwiesen, um einen zeitnahen Austausch von Analysen, Erkenntnissen und Produkten sowie von Kommunikationsplänen und -strategien zu gewährleisten.</p> <p>Der EAD setzt sich mithilfe der für die strategische Kommunikation zuständigen Abteilung des EAD und des von ihr verwalteten Schnellwarnsystems für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme sowie Desinformation aus dem Ausland ein, um den täglichen Austausch mit EU-Mitgliedstaaten und internationalen Partnern zu erleichtern.</p> <p>Die Dienststellen der Kommission befassen sich mit verschiedenen Aspekten der Desinformation in der EU (z. B. in Bezug auf Wahlen, Cybersicherheit, Medienfreiheit und Online-Plattformen). Ab dem Jahr 2018 verstärkte die Kommission durch das Netz gegen Desinformation, das sich aus den Dienststellen der Kommission und Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der EAD und das Europäische Parlament Beobachterstatus haben, ihre interne Koordination. Das Netz ermöglicht der Kommission die Bündelung und wirksame Nutzung der Kapazitäten, sodass sie Desinformation durch abgestimmte Maßnahmen kraftvoll beantworten kann. Unmittelbar nach der Invasion der Ukraine intensivierte die Kommission ihre Zusammenarbeit mit Online-Plattformen, um die Umsetzung der Sanktionen gegen russische Medien zu</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>überwachen und ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit dem Konflikt zu koordinieren.</p> <p>Die Kommission und die Mitgliedstaaten arbeiten ferner im Rahmen des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen zusammen, um Fälle, in denen es zu einer Einmischung in Wahlverfahren gekommen ist, zu erörtern und bewährte Verfahren auszutauschen. Die Zusammenarbeit zwischen den einschlägigen Netzen ist von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grund veranstaltete das Schnellwarnsystem im Dezember 2023 eine gemeinsame Sitzung mit der horizontalen Gruppe „Stärkung der Resilienz und Abwehr hybrider Bedrohungen“ und dem Europäischen Kooperationsnetz für Wahlen.</p> <p>Im Rahmen ihrer außenpolitischen Maßnahmen finanzierte die EU darüber hinaus unabhängige regionale Organisationen, die sich für die Förderung von Civic Tech für Demokratie und den Zugang zu verlässlichen Informationen rund um Wahlverfahren einsetzen.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>Activity Report 2021 (Tätigkeitsbericht 2021) Activity Report 2022 (Tätigkeitsbericht 2022) EEAS Stratcom (Abteilung Stratcom des EAD) Report on FIMI Threats (Bericht über Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland) Management Plan 2022 DG Communication (Managementplan 2022 der GD Kommunikation)</p>
	<p><i>Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens und einer gemeinsamen Methodik für die systematische Erhebung von Daten über Einmischung aus dem Ausland und Aufnahme eines strukturierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft, Akteuren der Privatwirtschaft und anderen einschlägigen Interessenträgern, um die</i></p>	<p>Der EAD hat einen gemeinsamen analytischen Rahmen und eine gemeinsame Methodik für die systematische Erhebung von Daten über Aktivitäten im Bereich der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorgeschlagen. Diese Methodik wird eine noch effektivere und noch stärker kooperationsbetonte Weitergabe und Analyse von Informationen sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene unterstützen. Der erste EAD-Bericht über Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland wurde im Februar 2023 veröffentlicht und dient dem Ziel, einen Machbarkeitsnachweis für den gemeinsamen Rahmen zu erbringen, der den gegenseitigen Austausch komplexer Erkenntnisse zeitnah, auf interoperable Weise und in großem Maßstab ermöglicht. In diesem Sinne fördert der EAD eine gemeinschaftliche Herangehensweise an die Weitergabe von Informationen in Form eines Informationsaustausch- und Analysezentrums (Information Sharing and Analysis Centre, ISAC), dessen Ziel darin besteht, die Erhebung und Weitergabe von Daten über Vorfälle im Zusammenhang mit Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland unter vertrauenswürdigen Partnern zu erleichtern.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<i>Bedrohungslage regelmäßig zu überprüfen</i>	<p>Das Engagement der EU und der Vereinigten Staaten im EU-US-Handels- und Technologierat beinhaltet auch einen gemeinsamen Standard für den strukturierten Austausch von Informationen über Bedrohungen durch FIMI zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten sowie die diesem Standard zugrunde liegende gemeinsame Methodik zur Ermittlung, Analyse und Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland. Im weiteren Verlauf planen die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, die Nutzung dieses Standards durch Interessenträger weltweit zu unterstützen. Im Oktober 2023 vereinbarten beide Seiten während des Gipfeltreffens zwischen der EU und den USA eine Ausweitung ihrer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland auf der Grundlage gemeinsamer Grundsätze wie zweckbestimmten Strategien, internen Organisationsstrukturen, Kapazität, Zivilgesellschaft und multilateralem Engagement. Diese Zusammenarbeit sollte darauf abzielen, gleich gesinnte Partner, auch im Rahmen koordinierter Aktivitäten der USA und der EU, bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu unterstützen und gleichzeitig das Recht auf freie Meinungsäußerung gemeinsam mit den Partnerländern zu wahren. Ein ständiger Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft und anderen einschlägigen Interessenträgern wurde ins Leben gerufen. Durch den gezielten Austausch mit Experten, der auch in Form von Expertenrunden über die Bewertung von Bedrohungen stattfindet, sollen Erkenntnisse externer Interessenträger über das Lagebewusstsein bezüglich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland gewonnen werden und die Grundlage für die Herangehensweisen bilden.</p> <p>Vom Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS) wurde ein neues EU-Projekt (3 Mio. EUR) ins Leben gerufen und durchgeführt, mit dem Instrumente zur praktischen Unterstützung entwickelt werden sollen, um den Austausch von Informationen, Erkenntnissen und Beweisen im Bereich der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu erleichtern.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>The 1st EEAS Report on FIMI Threats (1. EAD-Bericht über Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland)</p> <p>FPI project on Countering Foreign Interference (Projekt des Dienstes für außenpolitische Instrumente zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme)</p>
	<i>Verstärkte Unterstützung des Kapazitätsaufbaus bei nationalen Behörden,</i>	<p>Im Oktober 2022 gab EUvsDisinfo anlässlich der Globalen Woche für Medien- und Informationskompetenz den Bereich „LEARN“ frei; dies ist eine spezielle Webseite, auf der die Mechanismen, Taktiken, gemeinsamen Narrative und Akteure</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<i>unabhängiger Medien und der Zivilgesellschaft in Drittländern, um Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland aufzudecken und darauf zu reagieren</i>	<p>hinter der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie Desinformation und Informationsmanipulation erläutert werden.</p> <p>In der Region des westlichen Balkans engagierte sich die EU in proaktiver, faktenbasierter Kommunikation und im Aufbau von Kapazitäten für den Umgang mit Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland in Einrichtungen. Im Jahr 2022 unterstützte die EU mehr als 250 Journalisten, die über wirksame Möglichkeiten zur Förderung des professionellen Journalismus in der Region diskutierten. Im Jahr 2021 wurde Unterstützung bei der Ausrichtung der Medienkompetenzkonferenz EU-Westbalkan geleistet, um Desinformation, die Herausforderungen des professionellen Journalismus, die Bedeutung der Medienkompetenz im neuen Medienumfeld und Resilienzstrategien zu erörtern. Außerdem wurden neue Studien gefördert, wie z. B. „Evolution of Propaganda Narratives on Ukraine“ (Entwicklung von Propagandanarrativen über die Ukraine) und die Initiative für den Kapazitätsaufbau „Connecting media community in the age of disinformation“ (Vernetzung der Mediengemeinschaft im Zeitalter der Desinformation) (Sarajewo, 24. Februar 2023).</p> <p>Die zugunsten der Länder des westlichen Balkans und der Türkei aufgelegte Fazilität für die Zivilgesellschaft und das Medienprogramm schließen ebenfalls eine Reihe von Maßnahmen ein, deren Ziel die Bekämpfung von Desinformation bei Begünstigten des IPA III ist. Beispiele sind unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Building Trust in Media in South East Europe: Support to Journalism as a Public Good“ (Schaffung von Vertrauen in die Medien in Südosteuropa: Unterstützung des Journalismus als öffentliches Gut) (3 Mio. EUR, Juli 2023 bis Juli 2026). „Our Media: A civil society action to generate media literacy and activism, counter polarisation and promote dialogue“ (Unsere Medien: eine Maßnahme der Zivilgesellschaft zur Schaffung von Medienkompetenz und -aktivismus, zur Bekämpfung der Polarisierung und zur Förderung des Dialogs) (1,3 Mio. EUR, Februar 2023 bis Januar 2025). - „Reporting Digital Rights and Freedom“ (Berichterstattung über digitale Rechte und Freiheiten) (1,3 Mio. EUR, Januar 2023 bis Dezember 2025) zur Erweiterung der Kenntnisse und Kompetenzen der Medien und der Zivilgesellschaft bezüglich der Verbindung zwischen Verletzungen digitaler Rechte und Desinformation. - „SEECheck network – fighting disinformation and misinformation through a network of fact-checkers“ (Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformation durch ein Netz von Faktenprüfern) (1,24 Mio. EUR, Januar 2023 bis Juni 2026); mit diesem Netz sollen professionelle Netzwerke, unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen gestärkt werden. <p>Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft umfasste das 2020 angenommene COVID-19-Solidaritätsprogramm der EU eine Komponente mit 10 Mio. EUR zur Befähigung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Abmilderung der</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Auswirkungen auf die am stärksten gefährdeten und die unverhältnismäßig stark betroffenen Gruppen. Diese Komponente umfasst die Unterstützung von Überwachungs- und Interessenvertretungstätigkeiten lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation über COVID-19, der Beobachtung und Berichterstattung über Maßnahmen zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten sowie ihrer Aufhebung.</p> <p>Mit der Fazilität für die Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft wurde 2019 die Schaffung eines Forschungslabors der Region Südkaukasus für digitale Forensik unterstützt, in dessen Rahmen ein Netz von Forschungsspezialisten aufgebaut wurde, das sich insbesondere mit vom Kreml beeinflusster Desinformation befasst. Darüber hinaus wird über das mit 8 Mio. EUR ausgestattete EU-Programm für unabhängige Medien Unterstützung geleistet, mit dem die unmittelbare und langfristige finanzielle Lebensfähigkeit unabhängiger Medien in der Region verbessert werden soll. Insgesamt unterstützt die EU derzeit die unabhängige Medienlandschaft in den östlichen Partnerländern mit mehr als 30 Mio. EUR.</p> <p>Auch unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation in der Ukraine und Moldau bekämpfen, erhielten Unterstützung. Im Rahmen des regionalen Projekts „EU4Independent“ der Östlichen Partnerschaft wurden Journalisten aus der Region gebeten, für die EU zu sensibilisieren und regionale Kontakte zu fördern. Im Juni 2022 wurden 80 Vertreter von Faktenprüfern, Journalisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der Östlichen Nachbarschaft und aus Zentralasien nach Brüssel eingeladen.</p> <p>Die EU leistete darüber hinaus russischen unabhängigen Medien, die vor dem russischen Regime fliehen mussten, Unterstützung und unternahm zudem Anstrengungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Desinformation aus dem Kreml.</p> <p>In der südlichen Nachbarschaft bietet das Medienpaket für den Süden von 2021 (15 Mio. EUR, 2022–2026) umfassende Unterstützung für den unabhängigen Mediensektor, um sicherzustellen, dass er unabhängig, pluralistisch und resilient bleibt und in der Lage ist, sich gegen aktuelle Bedrohungen zu verteidigen und kritisches zivilgesellschaftliches Denken zu fördern. Darüber hinaus fördert die Partnerschaft durch die Unterstützung des Europäischen Fonds für Demokratie die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Organisationen, die Medien bei der Bekämpfung von Desinformation und bei der gemeinsamen Arbeit mit den am stärksten gefährdeten, unabhängigen Medien unterstützen.</p> <p>In der Region Naher Osten und Nordafrika bot die Arbeit des regionalen Medienbeauftragten der EU ein zusätzliches Instrument, mit dessen Hilfe die EU mit arabischsprachigen Zielgruppen in Kontakt treten konnte. Es fand eine Zusammenarbeit mit lokalen Experten aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den Medien statt, um die Entwicklung</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>der facettenreichen Bedrohung durch ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme in der Region nachzuvollziehen und dafür zu sensibilisieren. Seit Februar 2022 hat der regionale Medienbeauftragte mehr als 150 Interviews mit panarabischen Kanälen zur russischen Invasion der Ukraine geführt, um gegen vom Kreml angeführte ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme vorzugehen.</p> <p>In der indopazifischen Region wurde die Arbeit an Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und an der Unterstützung unabhängiger Medien außerhalb der unmittelbaren Nachbarschaft der EU aufgenommen.</p> <p>Als Antwort auf das dringende Erfordernis, die Fähigkeiten der EU in Hinblick auf die strategische Kommunikation im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und zunehmende ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme in der Region zu stärken, wurde eine Arbeitsgruppe „Subsahara-Afrika“ gegründet.</p> <p>Im Rahmen umfangreicher Anstrengungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland findet seit 2022 parallel zur Annahme des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung ein Pilotprojekt zur Unterstützung ausgewählter GSVP-Missionen und Operationen sowohl auf zivilem als auch militärischem Gebiet statt, deren Ziel der Aufbau von Resilienz gegen ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme ist.</p> <p>Darüber hinaus hat das Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX) Erweiterungs- und Nachbarschaftsländer aktiv bei der Bekämpfung von Desinformation unterstützt. In den Ländern des westlichen Balkans wurde 2022 ein regionaler Online-Workshop des TAIEX veranstaltet, an den sich länderspezifische Veranstaltungen für Montenegro, Albanien und den Kosovo anschlossen. Im Jahr 2023 fanden mehrere TAIEX-Workshops statt, und zwar ein Workshop über die Herausforderungen und Veränderungen bestehender Mechanismen mit dem Ziel, die Verbreitung von Desinformation zu sanktionieren, und ein TAIEX-Studienbesuch bei Modellen von Kooperationsmechanismen zur Einrichtung einer Überwachungsstelle für die Bekämpfung von Desinformation und Hetze. In der Nachbarschaft wurde im Februar 2023 ein an mehrere Länder gerichteter zweitägiger TAIEX-Workshop über Strategien zur Bekämpfung von Desinformation organisiert, um die Ukraine, Moldau und Georgien bei der Aufdeckung und Analyse von Desinformation sowie der Konzipierung angemessener Reaktionen darauf zu unterstützen. Als Folgemaßnahme wurden auf Ersuchen Moldaus und der Ukraine für 2024 TAIEX-Workshops geplant, bei denen es jeweils um die Themen Wahlen und ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme sowie die Zusammenarbeit mit afrikanischen Amtskollegen bei der Bekämpfung von Desinformation gehen wird.</p> <p>Die neue Finanzpartnerschafts-Rahmenvereinbarung über den Schutz unabhängiger Medien dient unter anderem dem Ziel, bei Medienakteuren Kapazitäten zur Bekämpfung von Desinformation aufzubauen. Über sie wird im Zeitraum 2023–</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>2027 bis zu 20 Mio. EUR bereitgestellt. Im Rahmen von „NDICI – Europa in der Welt“ wird eine Maßnahme zur stärkeren Sensibilisierung und Resilienz im Hinblick auf Desinformation im Zeitalter der KI durchgeführt. Diese Maßnahme umfasst den Aufbau von Beziehungen zwischen Akteuren in Europa und ausgewählten Ländern in Afrika und in lateinamerikanischen und karibischen Staaten sowie die Stärkung der Süd-Süd-Zusammenarbeit.</p> <p><i>Links zum Thema:</i></p> <p>Neu finanzierte Horizont-Europa-Projekte (im Rahmen der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen 2021 und 2022) zu demokratischer Politik und Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern der EU (Ost und Süd) und in den EU-Kandidatenländern</p> <p>TAIEX online workshop on the new geopolitical consequences of disinformation in the Western Balkans (TAIEX-Online-Workshop über die neuen geopolitischen Folgen von Desinformation in den Ländern des westlichen Balkans)</p> <p>TAIEX Workshop on Challenges and changes to existing mechanisms aimed at sanctioning the spread of disinformation (TAIEX-Workshop über die Herausforderungen und Veränderungen bestehender Mechanismen mit dem Ziel, die Verbreitung von Desinformation zu sanktionieren)</p> <p>TAIEX Workshop on Challenges and changes to existing mechanisms aimed at sanctioning the spread of disinformation (TAIEX-Workshop über die Herausforderungen und Veränderungen bestehender Mechanismen mit dem Ziel, die Verbreitung von Desinformation zu sanktionieren)</p>
	<i>Herausgabe von Leitlinien für die Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation</i>	<p>Am 26. Mai 2021 veröffentlichte die Kommission Leitlinien zu Möglichkeiten der Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, nachdem zuvor seine Funktionsweise seit der Einführung im Jahr 2018 bewertet worden war.</p> <p><i>Links zum Thema:</i></p> <p>Leitlinien der Kommission COM(2021) 262 final</p>
	<i>Zusammenkunft der Unterzeichner des Verhaltenskodex einschlägiger Interessengruppen zur Verbesserung des Kodex im Einklang mit den Leitlinien</i>	<p>Der gestärkte Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation wurde am 16. Juni 2022 unterzeichnet und von 34 Unterzeichnern, zu denen große Online-Plattformen, Akteure aus der Online-Werbebranche, kleinere oder spezialisierte Plattformen, Organisationen aus Forschung und Zivilgesellschaft, Faktenprüfer und Anbieter technischer Lösungen zur Bekämpfung von Desinformation zählen, vorgestellt.</p> <p>Mit dem neuen Kodex sollen die Ziele der Leitlinien der Kommission vom Mai 2021 erreicht werden, indem ein breiteres Spektrum an Verpflichtungen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation im Internet festgelegt wird. Zu diesen zählen die Demonetisierung der Verbreitung von Desinformation, die Gewährleistung der Transparenz politischer Werbung,</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>die Stärkung der Nutzer, die Verbesserung der Zusammenarbeit mit Faktenprüfern, die Erleichterung des Zugangs zu Daten für Forscher und die Gewährleistung der Integrität der Plattform-Dienste durch die Umsetzung und Förderung von Schutzmaßnahmen gegen eine Reihe manipulativer Verhaltensweisen und Praktiken, die in ihren Diensten nicht zulässig sind. Die Liste solcher Verhaltensweisen umfasst Formen manipulativer Verhaltensweisen, mit denen Desinformation verbreitet werden kann, wie beispielsweise die Einrichtung unechter Konten oder Botnets, der Einsatz irreführender manipulierter Medien (z. B. „Deep Fakes“, „Cheap Fakes“) und die unauthentische Koordinierung der Erstellung oder Verstärkung von Inhalten, einschließlich Versuchen, Plattformalgorithmen zu täuschen bzw. zu manipulieren (z. B. Möglichkeiten, Menschen hinsichtlich der Beliebtheit von Inhalten irrezuführen). Auf dieser Grundlage verpflichteten sich die Unterzeichner, klare Strategien zu verabschieden, zu verstärken und umzusetzen, die das gesamte Spektrum der ermittelten Verhaltensweisen und Praktiken abdecken. Da sich solche von böswilligen Akteuren eingesetzten Taktiken, Techniken und Verfahren stets weiterentwickeln, wird diese Liste regelmäßig überprüft.</p> <p>Die Dienststellen der Kommission und der EAD haben darüber hinaus ihre Zusammenarbeit mit Online-Plattformen intensiviert, um die Anstrengungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation im Zusammenhang mit den großen geopolitischen Krisen miteinander abzustimmen. Die Kommission verfolgt im Rahmen des Kodex die Umsetzung der Sanktionen der EU gegen RT, Sputnik und andere sanktionierte Medien durch die Plattformen. Die Unterzeichner des Kodex kommen regelmäßig zusammen, um Informationen auszutauschen und ihre Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation im Zusammenhang mit bestimmten Krisensituationen im Rahmen der ständigen Arbeitsgruppe und ihrer Untergruppe für Krisenreaktion zu koordinieren.</p> <p>Die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien hat eine spezielle Arbeitsgruppe geschaffen, die die Lage in Bezug auf Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine beobachtet. Zwischen dem 24. März 2022 und Oktober 2023 hat das EDMO-Netzwerk für Faktenprüfungen mehr als 2500 Faktenprüfungen zum Krieg durchgeführt und mehrere damit zusammenhängende Untersuchungen, Berichte und spezielle regelmäßige Überblicke erstellt.</p> <p>Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung Hilfe beim Aufbau der erforderlichen Kapazitäten beantragen, um mit Desinformation umgehen und Kampagnen zur Einflussnahme aus dem Ausland wirksam bekämpfen zu können.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>The 2022 Code of Practice on Disinformation (Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation aus dem Jahr 2022) European Digital Media Observatory (Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien)</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		EDMO Task Force on disinformation on the war in Ukraine (EDMO-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Desinformation über den Krieg in der Ukraine) Instrument für technische Unterstützung (TSI) (europa.eu)
	<i>Festlegung eines dauerhaften Rahmens für die Überwachung des Kodex</i>	<p>Der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation aus dem Jahr 2022 umfasst einen verstärkten Überwachungsrahmen auf der Grundlage qualitativer Berichterstattungselemente und Indikatoren für Dienstebenen, mit denen die Wirksamkeit seiner Umsetzung gemessen wird. Die Unterzeichner kamen überein, ein Transparenzzentrum einzurichten, das der Öffentlichkeit einen klaren Überblick über die Maßnahmen bietet, die sie zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen ergriffen haben; das Transparenzzentrum wird regelmäßig anhand der einschlägigen Daten aktualisiert werden.</p> <p>Ende Januar 2023 legten die Unterzeichner des Verhaltenskodex ihre ersten Berichte über die Ausgangslage vor, in denen sie über den anfänglichen Sachstand bei den zur Erfüllung bzw. Durchführung der Verpflichtungen und Maßnahmen unternommenen Schritten berichteten und einen ersten Satz qualitativer und quantitativer Meldungen für den ersten Monat der Umsetzung vorlegten. Unterzeichner, die als sehr große Online-Plattformen im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste designiert wurden, berichten alle sechs Monate über ihre im Rahmen des Kodex getroffenen Maßnahmen, während andere Unterzeichner einmal jährlich Bericht erstatten. Alle großen Online-Plattformen, die den Kodex unterzeichnet haben (Google, Meta, Microsoft und TikTok), legten im September 2023 einen zweiten Satz von Berichten vor, in denen ein vollständiger Umsetzungszeitraum von sechs Monaten abgedeckt wird. Die Berichterstattung umfasst erstmals auch die Veröffentlichung eines ersten Satzes struktureller Indikatoren, die Erkenntnisse über Desinformation in den Plattformdiensten liefern.</p> <p>Alle Berichte sind im Transparenzzentrum, das im Februar 2023 eingerichtet wurde, öffentlich zugänglich.</p> <p>Die Unterzeichner kamen ferner überein, durch eine ständige Arbeitsgruppe und mehrere Untergruppen mit besonderen Arbeitsbereichen und zu erbringenden Leistungen einen Rahmen für die weitere Zusammenarbeit zu schaffen. Die Unterzeichner werden weiterhin regelmäßig zusammenkommen, um sicherzustellen, dass der Kodex weiterhin seinen Zweck erfüllt, unter anderem um Desinformation im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu verringern.</p> <p><u>Links zum Thema:</u></p> <p>The 2022 Code of Practice on Disinformation (Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation aus dem Jahr 2022), https://disinfocode.eu/</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
	<p><i>Unterstützung neuer innovativer Projekte zur Bekämpfung von Desinformation im Rahmen verschiedener EU-Programme, insbesondere durch Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschuleinrichtungen unter Einbeziehung von Journalisten</i></p>	<p>Zur Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme, einschließlich Desinformation und hybriden Bedrohungen, weist die EU jährlich Mittel zu, beispielsweise im Rahmen der Programme der Union „Horizont Europa“ oder „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, „Erasmus+“ sowie im Rahmen von Projekten, die über das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument, NDICI) finanziert werden.</p> <p>Im Rahmen von Erasmus+ wird Unterstützung für den Ausbau der digitalen Fähigkeiten und der Medienkompetenz junger Menschen geleistet, um die Resilienz junger Menschen gegen Desinformation, Fake News und Propaganda zu erhöhen. Im Mittelpunkt der eTwinning-Aktivitäten standen 2021 Medienkompetenz und Desinformation; hierzu fand im Oktober 2021 eine spezielle Konferenz statt, es entstand ein Instrumentarium für Lehrkräfte mit dem Titel „Desinformation erkennen und bekämpfen“ und es fanden zahlreiche eTwinning-Kooperationen wie „Lügendetektoren“, „Besseres Internet für Kinder“ und „Anne Frank Haus“ statt.</p> <p>Im März 2022 brachte die Kommission den aktualisierten Referenzrahmen für digitale Kompetenzen (DigComp) 2.2 heraus, in dem ein gemeinsames Verständnis geschaffen wird, was digitale Kompetenz im 21. Jahrhundert bedeutet, wobei auch speziell auf die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit Online-Informationen, Desinformation, Fehlinformation und andere Aspekte eingegangen wird.</p> <p>Im Rahmen von Horizont Europa wurden auch weiterhin Forschungsprojekte finanziert. Im Rahmen des Arbeitsprogramms 2021–2022 wurde die Projektarbeit an der Desinformationsforschung im Kontext einer postpandemischen Welt (9 Mio. EUR), an der Politik und der Auswirkungen sozialer Netzwerke im Internet und neuer Medien (9 Mio. EUR), an der Bekämpfung von Desinformation und der Wiederherstellung von Vertrauen in der digitalen Welt (8 Mio. EUR) und an Instrumenten zur Bekämpfung von Desinformation auf der Grundlage von KI sowohl für Medienschaffende als auch für Bürgerinnen und Bürger (18 Mio. EUR) aufgenommen. In den Arbeitsprogrammen von Horizont Europa für 2023–2024 wurden weitere 30 Mio. EUR für die Finanzierung der Forschung zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und von KI-basierten Lösungen für die Sicherstellung eines pluralistischen Zugangs zu aussagekräftigen Informationen, qualitativ hochwertigen Inhalten und seriöser Online-Interaktion für Medienschaffende und Bürgerinnen und Bürger vorgesehen.</p> <p>Außerdem veröffentlichte die Kommission im Oktober 2022 im Rahmen ihres Aktionsplans für digitale Bildung Leitlinien für Lehrkräfte und Bildungspersonal zur Förderung digitaler Kompetenzen und zur Bekämpfung von Desinformation durch allgemeine und berufliche Bildung. Die in allen Amtssprachen der EU verfügbaren Leitlinien wurden mit Unterstützung</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>der Gemeinschaft der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Wissenschaft sowie Nichtregierungsorganisationen, Sendeanstalten und des Privatsektors ausgearbeitet.</p> <p>Die EU unterstützte die Entwicklung der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO). Die EDMO hat seit 2020 eine engagierte Gemeinschaft aufgebaut, die bei der Nachverfolgung, Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformation eine Vorreiterrolle spielt. Die EDMO umfasst eine zentrale digitale Plattform sowie nationale und regionale Zentren, die ihr Wissen über lokale Informationsumgebungen nutzen, um Desinformationskampagnen in Europa zu erkennen, zu analysieren und aufzudecken. Mit den inzwischen bestehenden 14 EDMO-Zentren deckt das EDMO-Netz alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen im EWR ab.</p> <p>Die Arbeit der EDMO und ihrer Zentren ist im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der russischen Propaganda von entscheidender Bedeutung gewesen, denn sie ermittelt durch Faktenprüfungen, die Veröffentlichung von Berichten und durch Untersuchungen zu aufkommenden und tendenziellen Narrativen Tausende von Desinformationsfälle im Zusammenhang mit dem Krieg. Darauf aufbauend ist die EDMO derzeit mit der Gründung einer speziellen Arbeitsgruppe für Wahlen befasst, deren Aufgabe die Aufdeckung früherer Anzeichen für potenziell gefährliche Desinformationskampagnen, die sich über die gesamte EU ausbreiten könnten, und die Koordinierung gezielter Aktivitäten zur Förderung der Medienkompetenz sein wird. Die Arbeitsgruppe wird im Rahmen der Vorbereitung auf die Europawahlen ihre Sachkenntnis auch den europäischen Organen zur Verfügung stellen.</p> <p>Die Kommission förderte darüber hinaus die Ausarbeitung des Kodex für fachliche Integrität europäischer Faktenprüfer, der am 15. September 2022 veröffentlicht wurde.¹ Die Standards des Kodex, die von der Qualität bei der Informationsbeschaffung bis zu Überparteilichkeit und finanzieller Transparenz reichen, müssen von Faktenprüforganisationen eingehalten werden, damit sie verifizierte Mitglieder des Europäischen Faktencheck-Netzwerks (EFCSN) werden können; das EFCSN ist ein Netz von Faktenprüforganisationen, die unabhängig, nach ethischen Grundsätzen und mit der Verpflichtung, dem öffentlichen Interesse zu dienen, arbeiten.</p> <p><i>Links zum Thema:</i></p> <p>European Digital Media Observatory (Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien)</p> <p>Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch allgemeine und berufliche Bildung</p>

¹ Der Kodex wurde im Rahmen eines Projekts entwickelt, an dem Faktenprüforganisationen aus mehr als 30 Ländern in ganz Europa beteiligt waren. Die endgültige Fassung des Kodex wurde von 44 der 45 teilnehmenden Organisationen angenommen.

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>European Fact-Checking Standards Network (EFCSN) (Europäisches Faktencheck-Netzwerk)</p> <p>Neu finanzierte Horizont-Europa-Projekte (im Rahmen der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen 2021 und 2022):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tools to fight disinformation based on AI for both media professionals and citizens (Instrumente zur Bekämpfung von Desinformation auf der Grundlage von KI sowohl für Medienschaffende als auch für Bürgerinnen und Bürger) • AI-based solutions to ensure pluralistic access to meaningful information, quality content and trustworthy online interaction for media professionals and citizens (KI-basierte Lösungen für die Sicherstellung eines pluralistischen Zugangs zu aussagekräftigen Informationen, qualitativ hochwertigen Inhalten und seriöser Online-Interaktion für Medienschaffende und Bürgerinnen und Bürger) <p>Zu den Horizont-2020-Projekten zur Widerlegung von Falschmeldungen und zur Bereitstellung von Instrumenten für Journalisten zur Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformation (bereits abgeschlossen) gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • FANDANGO – Fake News discovery and propagation from big Data ANalysis and artificial intelliGence Operations (Erkennung und Ausbreitung von Fake News auf der Grundlage von Big-Data-Analysen und Operationen künstlicher Intelligenz) • WeVerify – WIDER AND ENHANCED VERIFICATION FOR YOU (Umfassendere und verbesserte Verifizierung für Sie) • TRUTHCHECK – Fake News Recognition applying Service-based Cross-Media Analytics (Erkennung von Fake News unter Anwendung dienstbasierter medienübergreifender Analysen) • NEWTRAL – First real-time fact-checking tool to fight against the fake news and disinformation (Erstes Instrument zum Echtzeit-Faktencheck zum Kampf gegen Fake News und Desinformation) • Factmata – A SCORING SYSTEM FOR ONLINE CONTENT (Bewertungssystem für Online-Inhalte) • DYNNET – Opinion Dynamics (Meinungsdynamik) • GoodNews – Fake news detection in social networks using geometric deep learning (Erkennung von Fake News in sozialen Netzwerken mittels geometrischen tiefen Lernens) • AI4Dignity – Collaborative AI Counters Hate (Kooperative KI im Einsatz gegen Hass) <p>Zu den Horizont-2020-Projekten, die Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau für die Zivilgesellschaft, die Medienbranche und andere Fachkräfte umfassen, zählen:</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<ul style="list-style-type: none"> • EU-HYBNET – Empowering a Pan-European Network to Counter Hybrid Threats (euhybnet.eu) (Stärkung eines paneuropäischen Netzes zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen (euhybnet.eu)), ein von Horizont 2020 finanziertes Projekt • Horizon Europe: Detecting, analysing and countering foreign information manipulation and interference (europa.eu) (Horizont Europa: Erkennung, Analyse und Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (europa.eu)) (ATHENA, ADAC.io, SAUFEX) • Developing a better understanding of information suppression by state authorities as an example of foreign information manipulation and interference (europa.eu) (Entwicklung eines besseren Verständnisses der Informationsunterdrückung durch Behörden als Beispiel für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (europa.eu)) (RESONANT, ARM, DE-CONSPIRATOR))
	<p><i>Mehr Unterstützung und Finanzmittel für die Diversifizierung von Initiativen, darunter durch Organisationen der Zivilgesellschaft, um Medienkompetenz zu fördern und Bürgerinnen und Bürgern dabei zu helfen, Desinformation innerhalb und außerhalb der EU zu erkennen</i></p>	<p>Das Programm Kreatives Europa unterstützt die Förderung der Medienkompetenz vor allem im Rahmen des SEKTORENÜBERGREIFENDEN Aktionsbereichs.</p> <p>Mit der Maßnahme zur Förderung der Medienkompetenz im Rahmen des Programms Kreatives Europa wird das Ziel verfolgt, den Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklung eines kritischen Verständnisses und einer kritischen Nutzung der Medien zu ermöglichen. Zu diesem Zweck unterstützen Maßnahmen im Bereich der Medienkompetenz den Wissensaustausch und den Austausch über Strategien und Verfahren zur Förderung der Medienkompetenz. Die Unterstützung sieht in einer sich ständig wandelnden digitalen Medienlandschaft und unter Berücksichtigung des derzeitigen Nutzerverhaltens in verschiedenen Altersgruppen die Entwicklung innovativer grenzübergreifender Initiativen und Gemeinschaften im Bereich der Medienkompetenz in ganz Europa vor. Diese Maßnahmen laufen parallel zu der Unterstützung, die Nachrichtenmedien bei der Anpassung an die strukturellen und technologischen Veränderungen, denen sie gegenüberstehen, angeboten wird.</p> <p>Am 19. Dezember 2022 veröffentlichte die Kommission eine mit 990 500 EUR ausgestattete Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Europäischen Festival für Journalismus und Medieninformationskompetenz, das darauf abzielt, den Dialog, die Zusammenarbeit und die Partnerschaft in der EU zwischen Journalisten, Medien, einschließlich öffentlich-rechtlicher Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Fachleuten für Medienkompetenz zu verstärken. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Jugend, einschließlich Studierenden im Fach Journalistik, Menschen und sozialen Medien.</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>Die Expertengruppe für Medienkompetenz setzt ihre Beratungen, Sensibilisierungsarbeit und die Verbreitung von Informationen über Initiativen im Bereich Medienkompetenz in ganz Europa fort. Die Gruppe tritt zweimal jährlich offiziell zusammen.</p> <p>Über Erasmus+ (2021 wurden 387 Projekte, in denen es um Medienkompetenz und die Auseinandersetzung mit Desinformation geht, zur finanziellen Unterstützung ausgewählt) und das Europäische Solidaritätskorps (2021 und 2022 wurden 46 Projekte, in denen es um Medienkompetenz und die Auseinandersetzung mit Desinformation geht, sowie weitere 39 Projekte zum Thema digitale Sicherheit finanziert) stehen ebenfalls weiterhin finanzielle Mittel zur Verfügung.</p> <p>Das AKP-EU-Kulturprogramm (40 Mio. EUR) zur Unterstützung der Kultur- und Kreativbranche in Staaten Afrikas sowie des karibischen und pazifischen Raums (AKP) verfolgt unter anderem das Ziel, eine Reihe bereichsübergreifender Themen wie visuelle Kompetenz und einen kulturbasierten Bildungsansatz zu fördern. Durch die Bereitstellung von Finanzhilfen nach dem Kaskadenprinzip vor Ort trägt das Programm zur Bildung und Aufklärung junger Menschen bei, um sie zu kritischem Denken anzuregen, damit sie unterscheiden lernen, was wahr ist und was falsch, sich für staatsbürgerliche Werte einsetzen und Stereotype und andere Formen der Diskriminierung infrage stellen.</p> <p>Die EU-UNESCO-Expertenfazilität unterstützt unter anderem pluralistische Medien (beispielsweise die Stimmen indigener Völker in mexikanischen Medien und Radiosendern). Eine neue Runde der EU-UNESCO-Expertenfazilität befindet sich in der Gründungsphase.</p> <p>Die Fazilität für die Zivilgesellschaft und das Medienprogramm schließt ebenfalls eine Reihe von Maßnahmen ein, deren Ziel die Verbesserung der Medienkompetenz von Begünstigten des IPA III-Instruments ist (Beispiele wie das Projekt „Schaffung von Vertrauen in die Medien in Südosteuropa“ wurden bereits angeführt). Mit dem kürzlich gestarteten Projekt „Unsere Medien: eine Maßnahme der Zivilgesellschaft zur Schaffung von Medienkompetenz und -aktivismus, zur Bekämpfung der Polarisierung und zur Förderung des Dialogs“ (1,3 Mio. EUR, Februar 2023 bis Januar 2025) wird eine größere Medien- und Informationskompetenz durch die Einbeziehung von Medienschaffenden und Selbstregulierungsstellen sowie junger Menschen in den Aktivismus zum Schutz der Medienfreiheit gefördert.</p> <p>In der südlichen Nachbarschaft bietet das Medienpaket für den Süden seit 2021 (15 Mio. EUR, 2022–2026) umfassende Unterstützung für den unabhängigen Mediensektor, um sicherzustellen, dass er unabhängig, pluralistisch und resilient bleibt und in der Lage ist, sich gegen aktuelle Bedrohungen zu verteidigen und kritisches zivilgesellschaftliches Denken zu fördern.</p> <p>Im Rahmen ihrer Regionalpolitik und Stadtentwicklung setzt sich die Kommission auch dafür ein, Journalismus und Medienkompetenz durch eine Reihe von Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zu fördern. Hierzu zählen 1) ein spezielles offenes Online-Lehrmodul für Journalismus-Hochschulen mit Schwerpunkt auf der EU und ihrer Kohäsionspolitik,</p>

Bereich des Europäischen Aktionsplans für Demokratie	Ziele und Maßnahmen	Sachstand/bisher erzielte Ergebnisse
		<p>2) die sogenannten „EUinMyRegion Media Trips“ für lokal und regional berichtende Journalisten, an dem bisher etwa 150 Journalisten teilnahmen, 3) ein Programm, das Studierenden im Fach Journalistik und jungen Journalisten Schulungen, Mentoring und praktische Ausbildungsmaßnahmen bietet („Youth4Regions“) sowie 4) eine zweckbestimmte Haushaltslinie in Höhe von 7 Mio. EUR im Rahmen der Informationsmaßnahmen zur EU-Kohäsionspolitik, mit der zwölfmonatige Informations- und Kommunikationsmaßnahmen über den Mehrwert der EU-Kohäsionspolitik für das Leben der Bürgerinnen und Bürger finanziert werden. Bisher erhielten mehr als 150 Organisationen Finanzhilfen, dank derer sie mit ihren Kommunikationstätigkeiten durch die Presse sowie durch Fernsehen und Radio, Veranstaltungen und Online-Plattformen Millionen von Menschen in 25 Mitgliedstaaten erreichen konnten.</p> <p>Durch die Krisenreaktionssäule des NDICI wurden über 50 Mio. EUR zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Medien weltweit mobilisiert (unter anderem in den Ländern des westlichen Balkans, der östlichen und südlichen Nachbarschaft, in Zentralasien und Afrika), um durch Schulungen in Faktenprüfung, durch die Unterstützung eines unabhängigen, investigativen Journalismus und weitere Maßnahmen die Resilienz des Informationsumfeldes und der Gesellschaften insgesamt gegen Desinformation zu erhöhen.</p> <p>Eine erfolgreiche Initiative, die im Rahmen des vorherigen MFR/Stabilitätsinstruments ins Leben gerufen wurde, läuft noch. „Social Media 4 Peace“, eine Partnerschaft mit der UNESCO, nimmt viele Interessenträger auf nationaler Ebene in den Blick; dieser Multi-Stakeholder-Ansatz ist eine innovative Lösung zur Bewältigung von Fragen im Hinblick auf die Moderation von Inhalten auf globaler, regionaler und nationaler Ebene und zur Überbrückung der Kluft zwischen Regulierungsstellen, Plattformen und Zivilgesellschaften.</p>